



## Protokoll Einwohnerrat

### 4. Sitzung

Montag, 24. August 2020, 19:00 Uhr, Grossratssaal

---

Vorsitz: Thomas Richner, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Anwesend: 45 Mitglieder des Einwohnerrates  
7 Mitglieder des Stadtrates  
Daniel Roth, Stadtschreiber  
Daniel Amstutz, Support und Administration Pflegeheime  
Sonja Baumann, Projektleiterin Zukunftsraum  
Sebastian Busse, Leiter Hochbau  
Jan Hlavica, Stadtbaumeister  
Ramon Kissling, Projektleiter Zukunftsraum  
Marco Salvini, Projektleiter Zukunftsraum  
Heidi Stadelmann, Hausverantwortliche Pflegeheim Golatti  
Claudia Vosti Kuhn, Projektleiterin Neubau Pflegeheim Herosé

Entschuldigt: Christian Oehler, Vizepräsident Einwohnerrat  
Petra Ohnsorg Matter, Einwohnerrätin  
Liberio Taddei, Einwohnerrat  
Anna Wartmann, Einwohnerrätin  
Stefan Zubler, Einwohnerrat



## Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	149
2. Anfragen	150
2.1. Anfrage Alexander Umbricht (GLP) und Peter Jann (GLP): Aufsicht Kinderkrippen	150
2.2. Anfrage Fraktion SVP Aarau Rohr: Corona-Virus; Transparente Gesamtübersicht finanzielle Auswirkungen 2020 und darüber hinaus Massnahmen der Stadt Aarau	152
3. Zukunftsraum Aarau - Ausarbeitungsphase; Teilnahme Fusionsvorbereitung	156
4. Pflegeheim Herosé; Projektierungskredit	177
5. Velostation Ring am Bahnhof; Kreditantrag	184
6. Kreditabrechnung Ersatz Kehrrechtswagen	188



## Traktandum 1

### Mitteilungen

**Thomas Richner, Präsident:** Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Dieses Mal findet sie wieder im Grossratssaal statt. Ebenfalls begrüsse ich den beinahe vollzählig anwesenden Stadtrat, alle Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse und die Gäste auf der Tribüne. Anwesend sind auch ein paar Gäste aus der Gemeinde Suhr, welche mit Interesse im Kellergeschoss das Traktandum über den Zukunftsraum am Bildschirm verfolgen.

In Sachen Corona waren wir in der letzten Zeit etwas hin- und hergerissen. Zuerst gingen die Fallzahlen zurück, jetzt steigen sie wieder an. Deshalb bitte ich Sie erneut, die Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten. Eine Massnahme zeigt sich in der Anweisung, dass die ganze Breite des Saales als Sitzgelegenheit genutzt wird und die Abstände damit eingehalten werden können. Auch kann bei Bedarf eine Maske getragen werden. Ansonsten sind die Hygiene- und Abstandsvorschriften auch in der Pause oder bei Diskussionen zu befolgen.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Christian Oehler, Petra Ohnsorg, Libero Taddei, Anna Wartmann und Stefan Zubler. Anwesend sind somit 45 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 23.



## Traktandum 2

### Anfragen

#### Traktandum 2.1

GV 2018 - 2021 /126

#### **Anfrage Alexander Umbricht (GLP) und Peter Jann (GLP): Aufsicht Kinderkrippen**

##### **Thomas Richner, Präsident:**

Am 21. Januar 2020 haben Einwohnerrat Alexander Umbricht und Einwohnerrat Peter Jann eine Anfrage betreffend Aufsicht Kinderkrippen eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

*Frage 1: Wie viele Kitas und Betreuungsplätze müssen beaufsichtigt werden?*

Zurzeit müssen 13 Kindertagesstätten mit rund 552 Betreuungsplätzen beaufsichtigt werden.

*Frage 2: Wie gross sind die Ressourcen für Qualitätssicherung und Kontrolle der Kitas durch die Stadt? (Wer ist verantwortlich? Wie viele Stellenprozente und welche finanziellen Mittel stehen dafür zur Verfügung?)*

Verantwortlich sind die Sozialen Dienste der Stadt Aarau, konkret die Mitarbeiterinnen des Fachbereichs FuSTA. Seit der letzten Stellenerhöhung im Jahre 2012 stehen für den Fachbereich FuSTA 120 Stellenprozente zur Verfügung. Damit sind folgende Aufgabenbereiche zu bewältigen: Beratung von Eltern, Trägern und Geschäftsleitungen, Berechnung und Zahlung von Unterstützungsbeiträgen an Eltern; Pflege der EDV-Datenbank; Erstellen von Statistiken und Berichten; diverse Auswertungen; Bearbeitung von Beschwerden; Aufsicht- und Bewilligungsaufgaben; Umfragen und Datenerhebungen zu FuSTA; Öffentlichkeitsarbeit. Nebst dem aktuellen Lohnbudget für 120 Stellenprozent steht noch ein Kredit von 8'000 Franken für Dienstleistungen Dritter zur Verfügung.

*Frage 3: Wie sichert die Stadt die Qualität in den Kitas? Insbesondere: Wie oft wird die Einhaltung des Betreuungsschlüssels in den Kitas kontrolliert? Wie viele unangemeldete Besuche haben in den letzten vier Jahren bzw. im letzten Jahr stattgefunden?*

Die Qualität in den Kitas wird im Rahmen des Bewilligungsverfahrens mit Aufsichtsbesuchen und mit Prüfung der Auflagen sichergestellt. Bei Neueröffnung einer Kita wird eine provisorische Betriebsbewilligung für ein Jahr erteilt. Eine Prüfung des Betreuungsschlüssels anhand der Anzahl betreuter Kinder wird während dieses ersten Betriebsjahres quartalsweise durchgeführt. Nach Ablauf dieses Jahres erfolgt eine Nachprüfung. Wenn alle Auflagen erfüllt sind, kann die definitive Bewilligung ausgestellt werden. Gemäss PAVO (Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern) ist wenigstens alle zwei Jahre ein Aufsichtsbesuch durchzuführen, dieser beinhaltet auch die Prüfung des Betreuungsschlüssels.

Abgesehen von diesen Kontrollbesuchen zur Erlangung der definitiven Betriebsbewilligung wurden in den letzten 4 Jahren insgesamt 8 unangemeldete Aufsichtsbesuche in total 4 Einrichtungen gemacht. Im Jahr 2019 wurden 2 unangemeldete Aufsichtsbesuche durchgeführt.



Waren es 2012 6 Trägerschaften mit total 10 Einrichtungen, so sind es heute 13 Trägerschaften mit 21 Einrichtungen. Die Mitarbeiterinnen des Fachbereichs FuSTA kümmern sich insbesondere um folgende Aufgaben: Ausrichten von Subventionen, Beratung von Eltern, Bewirtschaftung EDV-Datenbank, Behandeln von Beschwerden, Aufsichtsabklärungen bei Kindertagesstätten auf Grund von Meldungen Dritter, alle weiteren Arbeiten.

*Frage 4: Wie oft hat die Stadt in den vergangenen vier Jahren und seit in Krafttreten des KiBeR Probleme mit den qualitativen Vorgaben festgestellt?*

Alle im Punkt 3 erwähnten unangemeldeten Aufsichtsbesuche sind durchgeführt worden, weil es Probleme mit Qualitätsvorgaben gab. Für die Behebung der qualitativen Probleme sind in der Regel nach den unangemeldeten Aufsichtsbesuchen intensive Nachprüfungen von Seiten der Aufsichtsstelle notwendig.

Die veränderten Qualitätsvorgaben des Anfang Jahr in Kraft getretenen KiBeR werden bei der Erneuerung der Betriebsbewilligung für die Kindertagesstätten überprüft. Diese Prüfung ist auf das 4. Quartal 2020 geplant (die Kindertagesstätten sind verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der neuen Qualitätsrichtlinien ein neues Gesuch einzureichen).

*Frage 5: Welche Massnahmen werden ergriffen, wenn eine Kita die qualitativen Vorgaben nicht erfüllt?*

Bei Problemen mit Qualitätsvorgaben werden Auflagen formuliert. Sind sie nur teilweise oder gar nicht erfüllt, erfolgen Abmahnungen und schliesslich der Entzug der Bewilligung.

*Frage 6: Wo können sich Angestellte von Kitas und Eltern melden, wenn sie qualitative Probleme in Kitas feststellen?*

Angestellte von Kitas und Eltern können sich bei den Sozialen Diensten der Stadt Aarau, konkret bei den Mitarbeiterinnen des Fachbereichs FuSTA, melden. Die Angaben der Beschwerdeführenden werden vertraulich behandelt, ausser sie erklären explizit, dass ihre Angaben verwendet werden dürfen.

*Frage 7: Ist es für Eltern möglich, sich über das Nichteinhalten qualitativer Vorgaben zu informieren? Wie ist es sonst möglich, mehr über die Qualität einer bestimmten Kita zu erfahren?*

Die Eltern können sich bei den Sozialen Diensten der Stadt Aarau, konkret bei den Mitarbeiterinnen des Fachbereichs FuSTA informieren, ob eine Trägerschaft über eine gültige Betriebsbewilligung verfügt. Zudem kann bei der Einrichtung nachgefragt werden, ob diese Mitglied ist bei kibesuisse (Verband Kinderbetreuung Schweiz) oder ob sie ein Qualitätslabel für Kindertagesstätten, z.B. QualiKita (Qualitätslabel für Kindertagesstätten) oder Fourchette Verte (Label für ausgewogene Ernährung) besitzen.



Traktandum 2.2  
GV 2018 - 2021 / 140

### **Anfrage Fraktion SVP Aarau Rohr: Corona-Virus; Transparente Gesamtübersicht finanzielle Auswirkungen 2020 und darüber hinaus Massnahmen der Stadt Aarau**

**Thomas Richner, Präsident:** Die Fraktion SVP Aarau Rohr fragt den Stadtrat an, eine "verständliche Übersicht" über alle von der Stadt Aarau beschlossenen, nicht budgetierten Massnahmen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus vorzulegen.

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage schriftlich wie folgt:

#### **1. Übersicht aller Massnahmen**

Die nachstehende Tabelle enthält eine Übersicht über die Massnahmen, welche die Stadt in der Coronakrise ergriffen hat. Massnahmen mit finanziellen Auswirkungen werden im Kapitel 2 erläutert.

Nicht aufgelistet ist Mehr- oder Minderaufwand, der sich nicht aufgrund eines Entscheids des Stadtrats oder des Einwohnerrats, sondern als direkte Folge der Vorschriften des Bundes oder des Kantons ergibt wie z. B. Schliessung KuK und übrige Kulturbetriebe, Mindererträge bei Parkgebühren und Bussen, Verzicht auf Maienzug, Einkauf von Schutzmaterial etc.

<b>Massnahme</b>	<b>Wirkung und Grund der Massnahme</b>
Mieten für Geschäftsflächen stunden für März / April	Schonung der Liquidität der Mieterschaft
Erweiterung Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Raum	Den Gastrobetrieben wird – bei ausreichenden Platzverhältnissen und bei notwendiger Zustimmung der Nachbarn – erlaubt, ihre bewilligten Aussensitzplätze mit den Corona-Abstandsregeln auf mehr öffentlicher Aussenfläche zu bewirtschaften.
Vorzeitiges Auslösen von bewilligten Aufträgen / Projekten	Unterstützung des Gewerbes und der Lieferanten der Stadt
Rechnungen umgehend bezahlen	Versorgung der Lieferanten mit Liquidität
Hotline für über 65jährige	Klärung des Bedarfs nach zusätzlichen Leistungen
Gratisparkplätze bis 8. Juni 2020, KEBA und Schachen (ca. 900 Parkplätze)	Parkplatzangebot für Arbeitnehmende, die nicht mehr mit dem ÖV anreisen dürfen oder wollen (KEBA: für KSA / Schachen: offen)
Reduktion Turnus für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs	Der Verkehr und die Anzahl der genutzten Parkplätze im Zentrum reduzierten sich während des Lockdowns massgeblich. Der Kontrollturnus konnte reduziert werden.
Vorgezogene Umsetzung von Digitalisierungsmassnahmen (Online-Schalter, Online Auflage von Baugesuchen, App Besucherfrequenz Schwimmbad etc.)	Kundenfreundlichkeit. Die Bürger/-innen sollen ihre Rechte wahrnehmen und sich informieren können, Baubewilligungen sollen aufgelegt und behandelt werden können, virtueller Zugang zu Ausstellungen des Stadtmuseums
Einsatz von Microsoft Teams und Nutzung von leer stehenden Räumen im KuK für Sitzungen	Weiterführen der Geschäftstätigkeit der Legislative, der Exekutive, der Kommissionen und der Verwaltung



Massnahme	Wirkung und Grund der Massnahme
Zusatzbeitrag von 10'000 Franken an den Verein Aarau Standortmarketing aus dem Budget der Wifa 2020. Es entstehen keine Zusatzkosten	Zweckgebunden zur Unterstützung der Aufenthaltsplanung von Touristen mit der Auflage, dass der VAS auch während den Sommerferien kundenfreundliche Schalteröffnungszeiten anbietet.
Schalter offen halten	Einfachen Zugang zur Verwaltung sicherstellen
Home delivery Stadtbibliothek	Zugang der Bevölkerung zum Angebot der Stadtbibliothek aufrecht erhalten
Einsatzoptimierung der Mitarbeitenden (Homeoffice für ca. 200 Mitarbeiter/-innen, Einsatztausch usw.)	Sicherstellung des Betriebs; Mitarbeitende des (geschlossenen) KuK arbeiten im Werkhof
Systematischer, vermehrter Austausch von Polizei- und Jugendarbeit	Ausrichtung der Patrouillentätigkeit auf aktuelle Bedarfslage, Aufklärungsarbeit im öffentlichen Raum, Information der Jugendlichen
Erlass von spezifischen Schutzkonzepten	z.B. für Kultur- und Sportanlagen, Jugendarbeit, Polizei, etc. aber auch für die Märkte (Erweiterung der Fläche um fast 50 % oder 1'400 m <sup>2</sup> )
Kommunikation	Information und Sensibilisierung der Bevölkerung mit Plakaten, besondere Informationen über verschiedene Kommunikationskanäle (Medienmitteilungen, Interviews, Homepage usw.)

## 2. Massnahmen mit finanziellen Auswirkungen

2.1. Kredite mit Rangrücktritt an Kleinbetriebe (Kreditgewährung)	
<b>Zweck und Beschreibung</b>	Die Stadt stellt insgesamt 1,5 Mio. Franken für zinslose Darlehen mit Rangrücktritt zur Verfügung. Pro Unternehmen ist die Leistung auf 15'000 Franken limitiert. Mit dieser Massnahme will die Stadt lokalen Kleinunternehmen helfen, mögliche Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Die Massnahme soll zur Existenzsicherung beitragen und Leerstände vermeiden.
<b>Empfänger</b>	49 Kleinbetriebe in Aarau (Stand 30. Juni 2020)
<b>Betrag</b>	Maximal 1,5 Mio. Franken, rückzahlbar per 30. Juni 2020 wurden 653'000 Franken beansprucht
<b>Kriterien</b>	Einstellung der Tätigkeit aufgrund der bundesrätlichen Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19). Das Unternehmen beschäftigt max. 10 Vollzeitäquivalente (FTE) oder es liegt ein besonderer Härtefall vor. Beim Unternehmen handelt es sich um einen eigenständig geführten Betrieb und nicht um eine Filiale einer Gastronomie- oder Ladenkette. Das Betriebs- oder Geschäftslokal befindet sich in Aarau (alle Quartiere). Die in Aarau eingestellte Geschäftstätigkeit entspricht dem Haupterwerb des Kleinunternehmens. Das Darlehen muss mittels Online-Formular geltend gemacht werden.
<b>Zuständigkeiten</b>	Entscheid: Stadtrat Prüfen Kriterien: Selbstdeklaration Unternehmen sowie Wirtschaftsfachstelle



<b>2.2. Mietzinserslass Gastrobetriebe, Gewerbe und Kindertagesstätten (Ertragsausfall)</b>	
<b>Zweck und Beschreibung</b>	Mieterlass in den Monaten März und April
<b>Empfänger</b>	20 Mieter/-innen der Einwohner- und 5 Mieter/-innen der Ortsbürgergemeinde
<b>Betrag</b>	Einwohnergemeinde: 119'388 Franken Ortsbürgergemeinde: 17'236 Franken
<b>Kriterien</b>	<p>Unterstützt werden Gewerbemieter von städtischen Liegenschaften (Einwohner- und Ortsbürgergemeinde), die ihren Betrieb ganz- oder teilweise einstellen mussten oder dadurch in ihrer Geschäftstätigkeit wesentlich eingeschränkt wurden. Es geht um Geschäftsmietverträge oder um Pachtverträge mit einer fixen Miete. Bei gemischten Mietverträgen, in welchen die Miete einen Geschäfts- und einen Wohnanteil beinhaltet, wird der Wohnanteil ausgeschieden.</p> <p>Die Mietzinserslasse erfolgen unter der Bedingung, dass die jeweiligen Mieter bestätigen, dass sie in der Zeit vom 16. März bis 10. Mai 2020:</p> <p>Kindertagesstätten: die während dieser Zeit nicht beanspruchten Betreuungstage im Rahmen ihrer Kostenersparnisse (wie bspw. durch Kurzarbeit oder bei Essen und Miete) zurückerstatten;</p> <p>übrige Mieter: einen Ertragsausfall von mindestens 50 % erlitten haben.</p>
<b>Zuständigkeiten</b>	<p>Entscheid: Stadtrat</p> <p>Prüfen Kriterien: Selbstdeklaration der Mieter sowie Abteilungen Liegenschaften und Betriebe, Ortsbürgergutsverwaltung</p>

<b>2.3. Erlass der Gebühren Nutzung öffentlicher Raum (Ertragsausfall)</b>	
<b>Zweck und Beschreibung</b>	Vom 1. März 2020 bis 31. Oktober 2020 werden denjenigen Unternehmen, welche in Aarau Lokale betreiben und von der Stadt Aussenflächen zur wirtschaftlichen Nutzung gemietet haben, die Gebühren für Boulevardrestaurants sowie für zu einem Verkaufsgeschäft gehörende Angebote wie Stände, Kleiderrechen oder Werbeständer mit Eigenwerbung vollständig erlassen.
<b>Empfänger</b>	163 Unternehmen, welche von der Stadt Aussenfläche gemietet haben.
<b>Betrag</b>	Maximal 150'000 Franken
<b>Kriterien</b>	Im Sinne einer wirtschaftsfördernden Massnahme wird der Gebührenverzicht unabhängig von (teilweisen) Wiedereröffnungsmöglichkeiten gewährt.
<b>Zuständigkeiten</b>	<p>Entscheid: Einwohnerrat</p> <p>Prüfen Kriterien: keine</p>

<b>2.4. Überbrückungs- und Nothilfe für Kulturschaffende (Zusatzkosten)</b>	
<b>Zweck und Beschreibung</b>	<p>Der Einwohnerrat hat die Motion "Überbrückungs- und Nothilfe für Kulturschaffende in der Coronakrise" am 8. Juni 2020 überwiesen.</p> <p>Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat nach erfolgter Vernehmlassung das Reglement zum Beschluss vorlegen.</p>
<b>Betrag</b>	Maximal 40'000 Franken

### 3. Gesetzliche Grundlage

Der Stadtrat hat seine Massnahmen gestützt auf § 90d des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesezt) vom 19. Dezember 1978 (SAR 171.100) beschlossen. Dieser lautet:





*"Erträgt eine Ausgabe, für die im Budget kein oder kein ausreichender Kredit bewilligt ist, keinen Aufschub, kann der Gemeinderat sie tätigen."*

#### **4. Dauer der Massnahmen**

Alle Massnahmen in Ziffer 2 sind auf die Dauer der ersten Coronaphase im Frühling 2020 beschränkt. Sie entfalten in einer allf. zweiten Phase oder in Folgejahren keine Wirkung. Bei einem erneuten Ausbruch würde der Stadtrat aufgrund der konkreten Situation entscheiden, ob und welche Unterstützungsmassnahmen nötig sind.

Die SVP erachtet die Anfrage als termingerecht und vollständig beantwortet.

Beantwortet wurde auch die Anfrage von Petra Ohnsorg (Grüne) zur Subventionierung des Moduls Mittagsbetreuung. Weil Petra Ohnsorg an der heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann, habe ich mit ihr vereinbart, diese Anfrage an der nächsten Sitzung nochmals anzusprechen.

Seit der letzten Sitzung ist noch eine Anfrage von Anja Kaufmann (SP) und Simone Silberstein (SP) betreffend CO<sub>2</sub>-neutrale Heizsysteme für die Altstadt eingetroffen. Diese Anfrage wurde noch nicht beantwortet und ist somit pendent.



Traktandum 3  
GV 2018 - 2021 / 132

### **Zukunftsraum Aarau - Ausarbeitungsphase; Teilnahme Fusionsvorbereitung**

**Thomas Richner, Präsident:** Im Jahre 2016 hat der Einwohnerrat die finanziellen Mittel für den Leitbildprozess, die Fusionsanalyse und die Fusionsvorbereitung gesprochen. Im Mai 2018 wurde der Stadtrat vom Einwohnerrat beauftragt, die Fusionsanalyse durchzuführen. Die Analyse liegt nun vor. Jetzt steht der nächste Schritt bevor. Dabei handelt es sich um die Vorbereitung des Fusionsprojekts.

Mit Botschaft vom 16. März 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

#### **Antrag**

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen.*

Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 11. August 2020 behandelt. Kommissionsprecher ist Fabio Mazzara.

**Fabio Mazzara, Mitglied:** Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat sich an ihrem Treffen vor rund zwei Wochen intensiv mit der Botschaft zum Zukunftsraum Aarau auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen waren Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und Stadtschreiber Daniel Roth anwesend. Einleitend wollte man wissen, wie weit sich heutige Inputs des Einwohnerrates noch berücksichtigen lassen. Die Auskunftspersonen teilten mit, dass Punkte, die sich auf das Leitbild abstützen, grundsätzlich nicht mehr zur Diskussion stehen. Alle weiteren Bestimmungen können hingegen noch verändert werden, dies in Form von Anträgen, welche die Projektsteuerung in die kommenden Verhandlungen miteinnehmen könnte. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass das ganze Projekt partnerschaftlich mit den anderen vier Gemeinden aufgelegt wurde und es daher zu keinen grossen Abweichungen führen darf. Im Weiteren interessierte uns, wie viele Unterschriften für ein künftiges Referendum nötig sind. Laut Auskunftspersonen wären dies aktuell, gemäss den kantonalen Vorgaben, 10 % der Stimmberechtigten, das wären bei einem Zukunftsraum mit allen Partnergemeinden ca. 3000 Personen. Diese Zahl ist sehr hoch und vergleichbar mit der Anzahl Unterschriften, die es für kantonale Referenden benötigt. Allerdings ist beim Kanton ein Vorstoss hängig, der eine Flexibilisierung anstrebt. Kritisch erachtete die Kommission den Vorschlag, dass an einem Einwohnerrat mit 50 Personen festgehalten wird, u.a., weil es für kleine Parteien schwierig wird, darin noch vertreten zu sein. Die Kommission vertritt die Meinung, dass dieser Entscheid auch von der Grösse des Zukunftsraumes abhängt. Bei einer kleineren Fusion mit weniger Gemeinden könnten allenfalls 50 Personen ausreichen. Daniel Ballmer stellte den Antrag, den Stadtrat bei weiteren Verhandlungen zu beauftragen, sich für eine Erhöhung der Sitzzahl auf 60 Mitglieder einzusetzen. Dieser wurde mit 8 : 2 Stimmen gutgeheissen. Auch die Kreisschule war ein Thema. Damals, bei der Gründung der Kreisschule wurde bestätigt, dass diese in den Zukunftsraum eingebunden werden könnte. Heute sieht die Planung anders aus. Die Auskunftspersonen meinten dazu, dass das Verhältnis in der jetzigen Konstellation mit einem Zukunftsraum ohne die Gemeinde Buchs zu unausgewogen wäre. Aarau hätte ca. 85, Buchs ca. 15 % Anteil. Zudem steht die Abschaffung der Schulpflege bevor. Deshalb sind alle Zukunftsraumgemeinden für eine Aufhebung der aktuellen Kreisschule. Buchs könnte der neuen Schule der Fusionsgemeinden trotzdem angehören, was mit einem entsprechenden Vertrag besser geregelt werden könnte. Hinsichtlich der Finanzen wurde festgestellt, dass das Nettovermögen und damit auch die Kapitalerträge sinken werden. Man



wollte wissen, ob diese Umstände mitberechnet wurden und wie man verhindert, dass das Niveau der Leistungen bei allen Gemeinden nach oben angepasst wird. Zudem hat eine Studie der HSG über 160 Fusionen aufgezeigt, dass die erwarteten finanziellen Effekte nicht eingetroffen sind. Die Auskunftspersonen bestätigten, dass die Veränderungen der Nettovermögen und Kapitalerträge eingerechnet wurden. Eine Nivellierung nach oben wird kaum eintreten, weil es praktisch keinen Niveauunterschied gibt. Bezüglich der Studie sei es so, dass Fusionen von kleinen Gemeinden nicht mit unserer verglichen werden können. Wichtig sei die Schlussfolgerung, dass die neue Stadt mit einem Horizont von zehn Jahren besser dasteht, als jede einzelne Gemeinde bis anhin. Das Beispiel der Fusion im Mettauertal zeigt auf, dass dies realistisch ist. Auch die Bau- und Nutzungsordnung wurde angesprochen. Dazu wurde festgehalten, dass durch die schon durchgeführten und laufenden Revisionen der BNO in den Gemeinden die Begrifflichkeiten vereinheitlicht wurden, was künftige Zusammenführungen einfacher macht. Die BNO wäre dann wahrscheinlich ab 2026 ein Thema. Ein Kommissionsmitglied bemerkte, dass ein Zusammenschluss von Aarau und Densbüren wenig attraktiv sei und man deshalb erst entscheiden sollte, wenn die letzte Partnergemeinde über die Fusion entschieden hat. Die Auskunftspersonen entgegneten, dass es heute lediglich darum geht, ob Aarau bereit ist, den Fusionsvertrag auszuarbeiten. Der Schlussentscheid werde dann im nächsten Jahr gefällt. Simon Burger stellte einen zweiten Antrag. Er würde dieses Geschäft gerne dem Behördenreferendum unterstellen, damit bereits im jetzigen Zeitpunkt eine Volksabstimmung durchgeführt wird. In anderen Gemeinden werde auch an den Gemeindeversammlungen entschieden, oder mittels einer Volksabstimmung an der Urne. Die Auskunftspersonen meinten dazu, dass die Volksabstimmung in Suhr wegen der Corona-Situation durchgeführt wird, und man so wieso ein Referendum erwarten würde. In allen anderen Gemeinden wird an der Gemeindeversammlung entschieden und die Aufgaben der Gemeindeversammlungen übernimmt in Aarau der Einwohnerrat. Zudem erscheint es nicht als sinnvoll, zweimal einen Abstimmungskampf zu führen. Während dieser Diskussion wurden verschiedene Meinungen und Aussagen geäußert. Jemand findet, man werde dadurch gezwungen, heute nein zu stimmen mit der Gefahr, dass der Zukunftsraum abgelehnt wird. Ein anderes Mitglied vertritt die Meinung, dass die inhaltliche Diskussion bei der Bevölkerung noch nicht wirklich geführt wurde und man die Zeit bis im nächsten Jahr dazu verwenden könnte. Dieser Antrag ist abschliessend mit 7 zu 3 Stimmen abgelehnt worden. In der Schlussrunde kamen die Mitglieder nochmals zu Wort. Negativ wurde u.a. erwähnt, dass Aarau zu wenig gewinnt, dass die Unterschriftenzahl für ein Referendum zu hoch ist, dass wichtige Nachbarn fehlen oder dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Positiv wurde u.a. hervorgehoben, dass man den ganzen Lebensraum raumplanerisch und politisch einheitlich gestalten kann, dass eine Fusion über kurz oder lang der einzig richtige Weg ist, dass Aarau an Gewicht gewinnt und dass sich die finanzielle Situation gemeinsam verbessert. Abschliessend fasste die Kommission mit 8 zu 2 Stimmen folgenden Beschluss: Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Stadtrat zu beauftragen, sich auf der Basis der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020 an den Fusionsvorbereitungen zu beteiligen. Dabei soll er darauf hinwirken, dass der künftige Einwohnerrat 60 Mitglieder umfasst.

**Thomas Richner, Präsident:** Zu diesem Geschäft liegen nun zwei Anträge vor.

Der Stadtrat stellt folgenden

### **Antrag**

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen.*



Die FGPK stellt folgenden

### Antrag

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass der künftige Einwohnerrat 60 Mitglieder umfasst.*

Wir werden den Antrag der FGPK und den Antrag des Stadtrates einander gegenüberstellen und am Schluss über den obsiegenden Antrag abstimmen.

Zudem liegt ein weiterer Antrag vor. Susanne Heuberger, Patrick Deucher und Matthias Zinniker stellen folgenden

### Antrag

*Gestützt auf § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung sei der Beschluss des Einwohnerrates über die Beteiligung an der Fusionsvorbereitung der Urnenabstimmung zu unterstellen (Behördenreferendum).*

Über diesen Antrag stimmen wir am Schluss ab. Da beide Anträge schon längere Zeit vorliegen, können diese auch in der Gesamtdiskussion gewürdigt werden und deshalb besteht nun auch die Möglichkeit, den Antrag über das Behördenreferendum zu begründen.

**Patrick Deucher, Mitglied:** Sie haben heute die Wahl zu bestimmen, was morgen in der Zeitung steht. Ich habe die Headline schon verfasst: "Der Einwohnerrat nimmt die Bedürfnisse der Bürger wahr und beweist mit dem Behördenreferendum Fingerspitzengefühl". Natürlich liegt der Entscheid beim Einwohnerrat. Aber es gibt Schlüsselmomente im Parlamentsleben, bei welchen man gut beraten ist, den Entscheid auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Nachdoppelung zu unterbreiten. Das Behördenreferendum soll bei grossen Projekten mit grosser Tragweite, oder wenn die Bürger in besonderem Masse davon betroffen sind, angewendet werden. Es macht Sinn, jetzt schon die Debatte über den Zukunftsraum mit allen Aarauerinnen und Aarauern zu führen und nicht erst, wenn der Fusionsvertrag vorliegt. In den anderen Gemeinden gibt es vom Prinzip her Gemeindeversammlungen, welche der Sitzung des Einwohnerrates entsprechen. Suhr führt infolge Corona eine Gemeindeversammlung durch. Weil die Einzelpersonen gleichzeitig teilweise in den Organen vertreten sind, hat die Diskussion dort bereits schon stattgefunden und ist breiter abgestützt. Es zeugt von Fingerspitzengefühl und Bürgernähe, wenn der Einwohnerrat die Aarauerinnen und Aarauern zum jetzigen Zeitpunkt schon mitbestimmen lässt. Die Vorteile liegen auf der Hand. Zum einen wird die Debatte breit geführt. Im Weiteren ist ein Entscheid, ob positiv oder negativ, für den weiteren Verlauf hilfreich. Wenn die Mehrheit eine Fusion möchte, gibt dieses Bekenntnis enormen Rückenwind für den Zusammenschluss. Wenn die Mehrheit dagegen ist, müssen wir nicht weiterverhandeln und unnötig Kosten generieren. An dieser Stelle bitte ich auch nochmals die Befürworter, sich diesbezüglich Gedanken zu machen. Es besteht eine grossartige Chance und die Möglichkeit, ein positives Zeichen zu setzen. Für alle, die von der Fusion überzeugt sind, gibt es keinen Grund, die Bürger nicht zu fragen. Eine Volksabstimmung in der jetzigen Phase ermöglicht doch, dass die Bürger zu den Grundsätzen der Fusion Stellung nehmen können. Zum Beispiel zur Organisation der Einwohnerratszahlen, zur Struktur der neuen Verwaltung usw., einfach zu allem, wozu auch der Einwohnerrat Stellung nehmen muss. Damit wird einerseits eine Überladung der obligatorischen Abstimmung verhindert und andererseits eine differenzierte Stimmabgabe durch die Bevölkerung ermöglicht. Die Argumentation, dass zwei Abstimmungen zu viel seien, lasse ich nicht gelten. Sie hat einen fahlen Beigeschmack. Wieso trauen sich der Einwohnerrat und der Stadtrat nicht, die Bürger zu fragen? Das ist doch Formalismus. Es scheint eher so, als dass man die Bürger jetzt mit einem



extrem komplexen Monstervertrag - mit welchem nicht einmal entschieden werden kann, mit welchen Gemeinden man fusionieren möchte - vor vollendete Tatsachen stellt. Eigentlich geht es nur um Emotionen und Aufrichtigkeit. Es gibt ein Sprichwort: "Doppelt genäht hält besser"! Das wäre ein solcher Moment. Ich rufe Sie auf, lassen Sie uns doch die Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern breit abgestützt führen. Dieser Entscheidung wird auch zukunftsweisend für die anderen Gemeinden sein. Die Entscheidung der Aarauerinnen und Aarauer helfen auch den anderen Gemeinden, egal in welchem Lager. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, wenn die Zeitungen morgen berichten: "Der Einwohnerrat politisiert am Bürger vorbei und zeigt kein Fingerspitzengefühl bei der Abstimmung über den Zukunftsraum".

**Thomas Richner, Präsident:** Wir kommen nun zur allgemeinen Diskussion.

**Nicola Müller, Mitglied:** Am 16. November 2009 hat der Einwohnerrat das SP-Postulat "Eine Region - eine Stadt" überwiesen. Bei diesem Vorstoss ging es darum, mit den umliegenden Gemeinden in Kontakt zu treten und Fusionsverhandlungen aufzunehmen, um die unsichtbaren Grenzen - die uns in der Region Aarau trennen - abzuschaffen und damit die ganze Region zu stärken. Das war der Startpunkt des Projektes Zukunftsraum - einem zukunftssträchtigen und mutigen, ja sicherlich einem echten Jahrhundert-Projekt. Heute, über zehn Jahre später stehen wir kurz vor einem entscheidenden Schritt. Die Fusionsanalyse ist abgeschlossen und die Rahmenbedingungen für einen Zusammenschluss werden immer konkreter. Der Prozess zu diesen Ergebnissen hat mich wirklich überzeugt. Er war intensiv, transparent, offen, auf Augenhöhe, wertschätzend und was ich betonen möchte, in jeder Phase partizipativ. Manchmal unter Beteiligung der breiten Bevölkerung, manchmal unter Beteiligung eines Teils der Bevölkerung, mit Diskussionsforen, Resonanzgruppen, Umfragen etc. Das ist vorbildlich und dafür gratuliere ich allen Beteiligten. Jetzt stehen wir am Ende der Fusionsanalyse und das Projekt wird konkret. Am Ende zählt jedoch, was im Fusionsvertrag steht. Für die SP-Fraktion steht deshalb absolut fest, dass sich Aarau auch am nächsten Schritt, also an den Fusionsvorbereitungen, beteiligen soll. Nur das zeugt von einer konsequenten Haltung. Die Ergebnisse der Fusionsanalyse gehen für uns im Allgemeinen in die richtige Richtung. Im Bereich "Gemeindeleben" z.B. ist es der Projektsteuerung und den übrigen Projektbeteiligten aus unserer Sicht sehr gut gelungen, in diesem Spannungsgeld von alter und neuer Identität ein überzeugendes Konzept zu erarbeiten, womit das Wertvolle aus allen Gemeinden bewahrt werden und man gleichzeitig als neue Stadt zusammenwachsen kann. Wir freuen uns heute schon auf eine derart vielfältige und neue Kantonshauptstadt. Es würde jetzt zu weit führen und zu lange dauern, wenn ich zu jedem Themenkomplex im Einzelnen Stellung nehmen würde. Deshalb möchte ich mich nachfolgend auf zwei Bereiche konzentrieren, über die wir am intensivsten diskutiert haben und welche wir dem Stadtrat für die Vertragsverhandlungen konkret mitgeben möchten. Es ist das politische System und der Bereich nachhaltige Entwicklung. Das angedachte politische System in der neuen Kantonshauptstadt ist für uns weitgehend unbestritten. Mit oder ohne Zukunftsraum ist das Departementsmodell für uns das richtige und zeitgemässe Organisationsmodell für die Aarauer Exekutive. Die Gründe dafür haben wir bereits bei der Überweisung der Motion "Departementsmodell - jetzt!" klargemacht. Mit zunehmender Grösse der Stadt macht dieses Modell am meisten Sinn. Im Bereich der Legislative kommen vor allem gewichtige Veränderungen auf unsere Partnergemeinden zu. Die Gemeindeversammlungen fallen weg und an ihre Stelle tritt der Einwohnerrat. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass eine professionelle Legislative mitnichten einen Demokratieabbau bedeutet. Im Gegenteil. Ein Einwohnerrat garantiert vielmehr eine parteipolitisch repräsentative Meinungsbildung, schliesslich ist er immer ein Abbild der Haltung der gesamten Bevölkerung und nicht nur eines Zufallsteils. Ein dossierfester Einwohnerrat wirkt sich zudem auch positiv auf die Gewaltenteilung aus. Die Oberaufsicht über die Exekutive kann in einem solchen institutionalisierten Rahmen besser erfolgen als in einer Gemeindeversammlung. Wir wissen aber auch, dass die Arbeit im Einwohnerrat oft zeitintensiv ist. In einer neuen,



doppelt so grossen Stadt, mit professioneller Exekutive, ist mit einer signifikant höheren Geschäftslast zu rechnen. Deshalb, aber vor allem auch zum Schutz der kleinen Parteien, unterstützen wir als Fraktion den Antrag aus der FGPK zur Erhöhung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates auf 60. Gleichzeitig möchten wir beliebt machen, dass man sich in der Projektsteuerung noch einmal überlegt, ob die Mitgliederzahl im Einwohnerrat ev. noch höher als 60 angesetzt werden sollte. Je nachdem, wie gross die neue Kantonshauptstadt wird, scheint uns diese Überlegung sinnvoll. Es muss das Ziel sein, letztendlich die Geschäftslast im zukünftigen Aarau sinnvoll auf genügend Schultern verteilen zu können. Vor diesem Hintergrund müsste sicherlich auch die FGPK neu strukturiert werden. Vielleicht muss man wieder mehrere einwohnerrätliche Kommissionen mit spezifischen Fachbereichen einrichten. Die Einteilung in vier ständige Wahlkreise begrüssen wir grundsätzlich, auch wenn diese teilweise etwas wild zusammengewürfelt erscheinen. Wir erhoffen uns durch die Wahlkreise vor allem eine repräsentativere Vertretung aus den verschiedenen Stadtteilen im Einwohnerrat, als dies bis heute der Fall ist. Besonders lobenswert erachtet die SP die niederschweligen, dezentralen Strukturen, die in den verschiedenen Stadtteilen geschaffen werden sollen. Dass Personen ab 13 Jahren in den Stadtteilversammlungen abstimmen und sich wählen lassen können, unabhängig davon, welchen Pass sie haben, finden wir wichtig. Dies ermöglicht der breiten Stadtteilbevölkerung, sich aktiv an der Mitgestaltung des Stadtteils zu beteiligen. Dadurch werden die Identität und die Integration im Stadtteil gefördert. Ein Problem, welches wir im Bereich des politischen Systems sehen, muss zwar in diesem Saal, aber nicht von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten gelöst werden. In der neuen Kantonshauptstadt müssen rund 3000 Unterschriften innert 30 Tagen für ein Referendum zusammengetragen werden. Das ist schwierig bis unmöglich, aber auch nicht wirklich neu. Die 10%-Hürde gilt schon heute und führt schon im jetzigen Aarau zu prohibitiv hohen Referendumsanforderungen. Das muss sich definitiv ändern. Hier sollte sich der Stadtrat - und am besten die ganze Steuerungsgruppe - beim Kanton für eine Flexibilisierung stark machen. Das Problem bedeutet aber kein spezifisches Zukunftsraumproblem, auch wenn es sich in einer grösseren Stadt zugegebenermassen noch zuspitzt. Unter dem Leitgedanken "nachhaltige Entwicklung" wird z.B. das wirtschaftliche und politische Potenzial der neuen Kantonshauptstadt thematisiert. Mit den entsprechenden Erläuterungen stimmen wir weitgehend überein. Ebenfalls scheint es uns natürlich richtig und fair, dass durch einen Zusammenschluss der Lebens- und Nutzungsraum besser mit dem Finanzraum übereinstimmt und dadurch gewisse Zentrums- und Agglomerationslasten besser verteilt werden. Für uns bedeutet der Ausdruck "nachhaltige Entwicklung" aber mehr, als lediglich den politisch-wirtschaftlichen Standortfaktor der neuen Kantonshauptstadt. Wir finden es z.B. erstaunlich, dass offenbar kaum konkrete Überlegungen zur ökologischen Nachhaltigkeit angestellt wurden. Zum Thema Klimawandel heisst es im umfassenden Bericht zu diesem Leitgedanken lediglich: "Der Klimawandel erfordert einen veränderten Umgang mit den Ressourcen. Das Gemeindewesen ist dabei als Regulator, als Betreiber oder Eigentümer der Wasser- und Elektrizitätswerke, als Mitgestalter der Verkehrsinfrastruktur und als Konsument gefordert. Diese Massnahmen verlangen oft eine überkommunale Perspektive und das entsprechende Fachwissen". Das mag richtig erscheinen, die Aussage ist aber eher wenig konkret. Eine Vision fehlt hier anscheinend völlig. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, in diesem Bereich in den Verträgen konkreter zu werden. Zunächst muss klar sein, dass der Nachhaltigkeitsartikel unserer Gemeindeordnung auch für die neue Kantonshauptstadt massgebend sein muss. Zudem möchten wir auch beim Thema Verkehr aufgezeigt erhalten, wie mit der Fusion wirklich Fortschritte gemacht werden. Hier hiess ein Leitgedanke: "Wir verfügen über gute ÖV- und Radverbindungen zwischen den Stadtteilen und gehen die Verkehrsprobleme für alle Verkehrsteilnehmer/-innen an. Wir sind regional und national gut erschlossen". In die Broschüre zum Zukunftsraum hat es letztlich nur eine kleine Erkenntnis geschafft, nämlich, dass sich der Verkehrsraum in einer grossen Gemeinde besser planen lässt. Das gleicht aber eher einer allgemeinen Aussage als einer konkreten Vision. Auch im Bereich der nachhaltigen, gesellschaftlichen Entwicklung fehlen uns noch konkrete Vorstellungen, vorab zum wichtigen Thema des bezahlbaren Wohnraums. Wird man z.B. auch in der neuen Kantonshauptstadt



eine sinnvolle Wohnbaustrategie verfolgen? Wie könnte diese aussehen? Auch im Bereich der schulergänzenden Tagesstrukturen sind die Angaben nur sehr vage. Sollte es hier nicht bereits ein Commitment der Zukunftsraumgemeinden geben? Für uns steht jedenfalls fest, dass all die Anstrengungen, die wir jetzt bis zu einem allfälligen Zusammenschluss in diesem Bereich unternehmen, nicht umsonst gewesen sein dürfen. Zusätzlich würden wir uns auch wünschen, dass noch Überlegungen angestellt werden, wie wir uns in der neuen Kantonshauptstadt im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens sozial und ökologisch nachhaltiger aufstellen können. Wir sind uns natürlich bewusst, dass wir all diese Fragen nicht im Rahmen des Fusionsprojektes selbst beantworten können. Es muss ja schliesslich auch noch Arbeit für die Politik in der neuen Kantonshauptstadt übrigbleiben. Wir sind aber trotzdem der festen Überzeugung, dass es in der jetzigen Phase enorm wichtig ist, die sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der einzelnen Gemeinden besser zu identifizieren und damit sicherzustellen, dass diese in der neuen Kantonshauptstadt nicht von neuem erkämpft werden müssen. Bei uns steht dafür der Nachhaltigkeitsartikel. Es gibt auch noch viele andere Beispiele, auch aus anderen Gemeinden. Dies muss sich unbedingt in den Fusionsverträgen widerspiegeln.

Ich trete noch kurz auf den Referendumsantrag ein. Die SP lehnt den Antrag, den heutigen Einwohnerratsentscheid dem Referendum zu unterstellen, aus folgenden Gründen geschlossen ab: Die Kompetenzen zwischen der Stimmbevölkerung und dem Einwohnerrat sind klar verteilt. Der Einwohnerrat ist für den Entscheid, der heute getroffen wird, zuständig. Das Stimmvolk wird sich später zur Fusion äussern können und müssen. Es macht keinesfalls Sinn, eine Abstimmung vorzulegen. Vor allem, weil noch nicht im Detail feststeht, was konkret in den Verträgen stehen wird. Die Argumentation der Antragsteller ist hier total widersprüchlich. Gemäss ihrer Aussage soll die Vorlage schon so ausgereift sein, dass die Bevölkerung in der Lage sein soll, Ja oder Nein stimmen zu können. Andererseits gestehen sie gleichzeitig selbst ein, dass mit der Vertragsausarbeitung noch eine (Zitat) "bedeutende Phase" bevorsteht. Ich frage mich, was nun der Fall ist. Ist schon alles klar, oder steht die entscheidende Phase erst noch bevor? Im Übrigen verkennen die Antragsteller auch, auf welche Weise sich die Stimmbevölkerung äussern kann, wenn sie schreiben: "Eine Volksabstimmung in der jetzigen Phase ermöglicht, dass das Volk zu den Grundzügen der Fusion Stellung nehmen kann". Dies ist sicher nicht der Fall. Das Volk kann Ja oder Nein sagen. Für ein "Ja-aber" oder ein "Nein-aber" ist der Einwohnerrat zuständig. Im Übrigen hat man die Bevölkerung bereits im Leitbildprozess und später auch über die Resonanzgruppen soweit wie möglich in den Prozess miteinbezogen. Der Entscheid zur Fusion fällt das Stimmvolk, aber erst bei Vorliegen der Verträge. Im Weiteren wäre es kommunikativ schwierig, der Stimmbevölkerung jetzt zu erklären, weshalb sie sich jetzt zum ersten Mal zu einem Zwischenentscheid äussern sollte. Bis anhin war dies auch nie der Fall, geschweige denn, dass zwei Volksabstimmungen über die weitgehend gleiche Fragestellung auch ressourcentechnischer Nonsens wäre. Ein Nein zu diesem Antrag bedeutet sicherlich auch keine Angst vor der Demokratie, wie man dies in der Zeitung lesen konnte. Im Gegenteil scheinen die Antragsteller vielmehr Angst davor zu haben, diejenigen Entscheide zu fällen, für welche sie eigentlich zuständig sind. Oder es handelt sich dabei einfach wieder um ein komisches Störmanöver. Jedenfalls wäre es doch eher seltsam, wenn wir unsere Partnergemeinden von den Vorteilen eines Einwohnerrates überzeugen wollen und dann aber bei der erstbesten Gelegenheit unsere Verantwortung auf das Stimmvolk abschieben. Wir lehnen den Antrag geschlossen ab.

**Yannick Berner, Mitglied:** Ähnlich wie in der FDP Suhr sind auch in unserer FDP-Fraktion die Meinungen gespalten. Eine Mehrheit wird aber dem nächsten Schritt im Fusionsprojekt zustimmen. Matthias Zinniker wird im Anschluss auch die Meinung der Minderheit vertreten. 1 plus 4 ergibt 6. Dies fasst das positive Ergebnis der Fusionsanalyse zusammen. Für uns sprechen also 6 Argumente für den Zukunftsraum. 1. Als elftgrösste Stadt wird Aarau als Wirtschafts- und Wohnstandort gestärkt. Wir profitieren von einer grösseren Sichtbarkeit und ziehen Unternehmungen an, welche Arbeitsplätze schaffen und damit auch Steu-



ereinnahmen von juristischen und natürlichen Personen mit sich bringen. 2. Als fusionierte Gemeinde erhält die Stadt Aarau grössere Gestaltungsmöglichkeiten. Sport- und Kulturstätten werden gemeinsam getragen, Dienstleistungen erhalten einen Digitalisierungsschub, der Verkehr und die Siedlungsentwicklung können besser geplant werden. 3. Die lokalen Traditionen bleiben trotzdem erhalten. Die Lösungen mit den Stadtteilen und ihren Kommissionen, aber auch die Wahrung der lokalen Feierlichkeiten sind in dieser Fusion wichtig und auch richtig. Ein Suhrer bleibt ein Suhrer und darf auch ein Suhrer bleiben. 4. Die Region Aarau erhält ein bürgernahes und zukunftsfähiges System. Über das Departementsmodell und die Professionalisierung des Stadtrates und der Verwaltung haben wir schon im Frühjahr hier im Einwohnerrat entscheiden können. Dazu kommt eine faire Teilnahme der Stadtteile im Einwohnerrat durch neudefinierte Wahlkreise. 5. Wir werden gewaltige Synergien in der Verwaltung nutzen können. Durch den natürlichen Abbau von ca. 23 Stellen sparen wir im Zukunftsraum jährlich 8 Mio. Franken, bei einer Steuereinbusse von 6 Mio. Franken, ein. Wichtig für uns Aarauern und Aarauern ist es, dass der Steuerfuss dabei gleichbleibt. Als letzter, eher etwas emotionaler Punkt, kann erwähnt werden, dass der gemeinsame Lebensraum heute schon Realität ist. Die Gemeindegrenzen bestehen nur noch rein administrativ und politisch. Mit dem Zukunftsraum können alle Bürgerinnen und Bürger entscheiden, was in ihrem gesamten Lebensraum geschieht. Ein Ja heute Abend ist also der nächste, logische, administrative und politische Schritt. Zum Antrag der FGPK für eine Erhöhung der Einwohnerratszahlen von 50 auf 60 kann ich sagen, dass uns die Erhöhung ein wenig willkürlich erscheint, zumal die vorgeschlagene Anzahl im Verlauf der Analyse tiefgründig diskutiert wurde. Eine Erhöhung würde mit Sicherheit zusätzliche Kosten generieren. Einen effektiven Vorteil sehen wir aber nicht wirklich. Wir sind überzeugt, dass sich der Stadtrat auch ohne unsere Aufforderung für die bestmögliche Anzahl Einwohnerräte einsetzen wird. Wir erachten deshalb den Antrag als überflüssig und lehnen diesen ab. An dieser Stelle möchte ich mich dem Votum meines Vorredners anschliessen und der Projektsteuerung und den vielen involvierten Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich danken. Es gab kaum ein Projekt, welches so klar und sorgfältig kommuniziert und aufgegleist wurde. Der Antrag zum Behördenreferendum spaltet unsere Fraktion noch ein wenig mehr. Die Argumente zugunsten des Antrages hat Patrick Deucher vorher festgehalten. Ich versuche, die Argumente darzulegen, die dagegensprechen. Ich habe auch eine Headline für die Medien zusammengestellt. Sie würde lauten: "Der vom Volk gewählte Einwohnerrat drückt sich vor einer Entscheidung". Heute Abend werden wir eine wichtige Entscheidung fällen. Es geht um den nächsten Schritt im Fusionsprojekt Zukunftsraum. Es handelt sich um den nächsten Schritt, noch nicht um den letzten. Entgegen anderer Abstimmungen, bei welchen nur der Einwohnerrat darüber befinden kann, hat das Volk am Ende das letzte Wort. Eine zusätzliche Volksbefragung ist somit nicht nötig. Nach der Ausarbeitung der Verträge wird erneut eine Sitzung in der FGPK und im Einwohnerrat stattfinden. Schlussendlich können alle Aarauern und Aarauern, sobald alle Informationen und Verträge auf dem Tisch liegen, an der Urne über den Zukunftsraum entscheiden. Dieser Prozess ist demokratisch und ist von der Projektsteuerung schon von Beginn weg ganz klar so vorgegeben und kommuniziert worden. Die Annahme des sehr kurzfristig eingereichten Antrags würde bedeuten, dass wir schon in drei Monaten darüber abstimmen müssten. Diesen Herbst haben wir - auch Corona bedingt - ein sehr dichtes, politisches Programm. Es stehen nämlich sehr viele Abstimmungen und Wahlen in den nächsten Wochen an. Im September finden die Bezirksbehördenwahlen sowie fünf nationale und drei kantonale Abstimmungen statt. Im Oktober werden die Regierungs- und Grossratswahlen abgehalten. Im November folgt die nächste grosse nationale Abstimmung. Ich bezweifle, dass wir bei dieser politischen Übersättigung in der Bevölkerung noch eine seriöse Debatte aufgleisen können. Zudem haben in der Öffentlichkeit noch keine grossen Diskussionen stattgefunden. Die Ergebnisse der Fusionsanalyse sind in Aarau leider noch nicht verschickt worden. Es handelt sich vorliegend um ein sehr komplexes Projekt, welches die nächsten Generationen noch begleiten wird. Lassen wir uns dafür genügend Zeit und ändern wir den Prozess nicht kurzfristig ab. Wie eingangs erwähnt, wird ein Teil der FDP-Fraktion dem Antrag folgen, der andere Teil nicht.





**Lukas Häusermann, Mitglied:** Die CVP-Fraktion steht dem Zukunftsraum positiv gegenüber. Wir haben aber auch so viel Fingerspitzengefühl, dass auch wir sehr viele kritische Punkte gefunden haben. Ich möchte auf die Bedeutung dieser Punkte eingehen. Aus unserer Sicht kann es nicht primär um die Finanzen gehen, wie dies auf den Steuerfuss- und die Gebührendiskussionen reduziert wird. Ein paar hundert Franken weniger Steuern hier, ein paar Hundert Franken mehr Gebühren dort, ist nicht massgebend. Es mag sein, dass Aarau heute und morgen ohne Fusion besser dastehen würde, aber diese Diskussion ist für mich ein wenig zu kurzfristig. Ich bin überzeugt, dass wir übermorgen und noch später, zusammen mit den anderen Gemeinden, mehr erreichen werden, als jede Gemeinde für sich alleine. Wir Aarauer haben dies bereits bei der Fusion mit Rohr erlebt. Ein schon gewichtigeres Thema ist das Quorum und die Zeitdauer für Referenden. In diesem Bereich muss sich eindeutig etwas ändern, und zwar schnell. Die Stadt sollte sich hier wirklich nach Kräften bemühen, eine schnelle Lösung mit dem Kanton zu finden. Es braucht eine drastische Senkung der Unterschriften auf ein vernünftiges Mass und eine Verlängerung der Zeit für das Sammeln der Unterschriften. Heute steht nur eine kurze Zeitspanne zur Verfügung. Jeder von uns, der in dieser Hinsicht schon aktiv geworden ist, weiss, was dies bedeutet und wie schwierig es ist. Wenn es diesbezüglich keine Lösung gibt, könnte dies aus unserer Sicht für das Fusionsprojekt zu einem veritablen Stolperstein werden. Im Weiteren stellt sich die Frage, wie viele Gemeinden sich am Projekt nun tatsächlich beteiligen. Je mehr Gemeinden mitmachen, desto besser ist es. Suhr und die beiden Entfelden sind sicher zentral für den Zusammenschluss. Sollten die Gemeinden Suhr und die beiden Entfelden jetzt aussteigen, müsste ein Zusammenschluss mit Densbüren unter anderen Voraussetzungen angestrebt werden. Wir gehen davon aus, dass fünf Gemeinden einen Fusionsvertrag abschliessen wollen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Zusammenschluss, um Planungen vereinfachen, die Verwaltung professionalisieren und die Lasten besser verteilen zu können. Das ist die technokratische Ausdrucksweise. Aber eigentlich bedeutet es den Start für ein politisches Zusammenkommen von Gemeinden, welche räumlich schon lange zusammengewachsen sind. In der Erhöhung der Sitzzahl des Einwohnerrates sehen wir auch eine gewisse Willkür. Wir glauben nicht, dass Aarau mit 60 Mitgliedern anders gestaltet würde als nur mit 50. Aus unserer Sicht sollte diese Frage aber nochmals vertiefter besprochen werden, weil es durchaus Argumente gibt, die für eine Einwohnerratszahl von 60 sprechen. Die Lasten könnten dadurch auf mehrere Schultern verteilt werden. Insofern ist die CVP für den Antrag offen. Für das beantragte Behördenreferendum sehen wir keinen Grund. Wir sind der Meinung, dass wir unsere Entscheidungskompetenzen wahrnehmen sollten, so wie sie uns vom Volk übertragen wurden. Dazu teile ich die Meinungen von Nicola Müller und von Yannick Berner. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir einen guten Start für eine gemeinsame Zukunft finden.

**Daniel Ballmer, Mitglied:** Ich bin in Unterentfelden aufgewachsen. Wenn ich in Skilagern oder auf Schulreisen jeweils Leute aus anderen Landesteilen kennenlernte, wurde mir immer dieselbe, für mich schlimme, Frage gestellt. Wo wohnst du? Anfangs nannte ich noch Unterentfelden, aber diesen Ort kannte kaum jemand. Und wenn ihn jemand kannte, kam immer die gleiche Aussage: Ah ja, dort ist doch die Firma Boesner. Die Erkenntnis, dass mein Gegenüber von meiner Wohngemeinde nur eine unschöne Industriestrasse und ein Stück beliebiges Wohnquartier kannte, bedrückte mich. Also nannte ich als meinen Wohnort Aarau. Diese Aussage stimmte teilweise, aber nicht ganz. Aber immerhin wurde das Gespräch nicht schon nach zwei Sätzen wieder beendet. Als Agglomerationskind gewöhnt man sich daran, dass jede Wiese überbaut wird und dass keine Überbauung so ausgeführt wird, wie sie auf dem Baustellenschild aussieht. Man gewöhnt sich daran, dass der Gemeinderat bei jedem Bauprojekt viel zu wenig fordert und immer wieder nachgibt. Man gewöhnt sich daran, dass eine einzelne Stimme nichts zählt und dass das Meiste politisch nicht umgesetzt werden kann, sogar wenn es Alle wünschen. Z.B. einen richtigen Dorfkerne, genügend Spielplätze oder einen tiefen Steuerfuss. Das ist eine Enttäuschung für Linke und Rechte. Entweder möchte man das Dorf so behalten, wie es ist, oder man möchte es gemeinsam weiterentwickeln. Aber niemand auf dieser Welt möchte eine ständige



Veränderung durch Sachzwänge, die nicht beeinflusst werden können. Dieses kranke Spiel ist nur möglich, weil ein Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden herrscht. Die kleinen und abgelegenen Gemeinden kämpfen erfolglos um Steuersubstrate und sie lassen sich von der Baubranche, den Pensionskassenfonds und der Industrie stets gegeneinander ausspielen, bis auch das hinterletzte Tal mit zersiedelten, politisch toten Ex-Dörfern verschandelt ist. Wenn ein Dorf nichts mehr darf, wird es ein "Müesli". Würden wir den Steuerfuss landesweit harmonisieren und die Steuereinnahmen gerecht verteilen, gäbe es in 50 Jahren kein "Agglomerations-Müesli" mehr. Nur noch selbstbewusste Städte und Dörfer, in denen dort gebaut wird, wo es auch tatsächlich Sinn macht. Leider sind wir bis jetzt mit einer Lösung immer wieder gescheitert. Solange eine Steuerharmonisierung in weiter Ferne liegt, bleibt uns die Gemeindefusion als einziges Instrument, welches das Agglomerations-Müesli mit all seinen negativen Auswirkungen einzudämmen vermag. Lukas Häusermann hat erkannt, dass es von Vorteil ist, wenn sich möglichst viele Gemeinden zusammenschliessen. Er hat Recht. Die beste Lösung wäre eine Eingemeindung des ganzen Einzugsgebiets, von Speuz bis Gränichen, von Muhen bis Biberstein. Wir würden eine selbstbewusste Gemeinde mit 70'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, welche gemeinsam entscheiden könnten, wo und wie ihre Wohnquartiere, ihre Industriegebiete und ihr Kulturland gestaltet werden. Ein gegenseitiges Ausspielen wäre nicht mehr möglich und zehntausende von Menschen rund um Aarau hätten endlich auch auf Gemeindeebene politische Rechte, welche diesen Namen auch verdienen. Und die Aussage, man komme von Aarau, stimmt dann auch. Für mich als langjährigen Unterentfelder sind die Vorteile klar. Aber wenn ich mit Ur-Aarauern oder begeisterten Suhrern spreche, höre ich immer wieder die Frage: Was haben wir davon? Die Antwort lautet: Weniger als die anderen, aber immer noch sehr viel. Meine Vorredner von SP, CVP und FDP haben schon ausführlich darauf hingewiesen. Mit Abstand der schönste Vorteil am Zukunftsraum ist für mich aber, dass wir bis zu 20'000 neue Aarauerninnen und Aarauern erhalten. Viele davon sind Leute, welche eigentlich schon immer gerne in Aarau gewohnt hätten, aber keine bezahlbare Wohnung gefunden haben. 20'000 Menschen, die das gleiche erleben dürfen, wie ich, als vor vier Jahren nach Aarau gezogen bin. Ein Gestaltungsspielraum. Die Möglichkeit, etwas zu verändern, wenn es störend wirkt, oder etwas beizubehalten, wenn es Freude macht. Langfristig werden alle davon profitieren. Welche Partei könnte nicht ein paar Aktive mehr gebrauchen? Welche Kommission oder welcher Verein könnte nicht von ein paar zusätzlich engagierten Menschen profitieren können? Das Schöne an Recht, Freiheit und Spielräumen ist, dass diese nicht kleiner werden, wenn man sie teilt, sondern grösser. Also teilen wir sie. Die zentrale Frage des Zukunftsraums besteht doch darin, ob unsere Region weiterhin Spielball von landschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen sein soll, welchen wir oftmals machtlos gegenüberstehen müssen. Oder schliessen wir uns zusammen, um über Veränderungen mitbestimmen zu können, sie zulassen, in Bahnen lenken oder aufhalten. Das ist keine Frage von links oder rechts, von progressiv oder konservativ. Das ist eine Frage von Sachzwängen oder Entscheidungsfreiheit, von Ohnmacht oder Demokratie. Aus diesen Gründen sagt die Hälfte der Grünen-Fraktion überzeugt Ja zum Zukunftsraum. Die ganze Fraktion unterstützt den Antrag um Erhöhung der Einwohner-ratssitze von 50 auf 60. Weil eine gute, demokratische Meinungsbildung Zeit braucht, befürworten wir Grünen, die Volksabstimmung mit einem Zeithorizont durchzuführen, in welchem eine differenzierte Information und Meinungsbildung möglich ist. Wir lehnen deshalb den Antrag für ein Behördenreferendum einstimmig ab.

**Peter Jann, Mitglied:** Ich danke Daniel Ballmer für seine Emotionen und Begeisterung. Eine Begeisterung, welche im ganzen Fusionsprojekt bis anhin gefehlt hat. Wie von Lukas Häusermann angesprochen, handelt es sich um ein technokratisches Projekt bis zum jetzigen Zeitpunkt. Das Projekt ist vernünftig. Der Zusammenschluss macht Sinn, es sind verschiedene Argumente bereits genannt worden. Die gemeindebezogenen Entwicklungen in Sport, Kultur, Verkehr und Raumplanung können inskünftig in einer fusionierten Gemeinde einfacher und gemeinsam geplant werden. Es sind keine aufwendigen Koordinationsgremien mehr nötig. Die Verwaltungsstruktur wird mit dem Departementssystem effizient



und man kann ev. durch weniger Anstellungen von Personal etwas einsparen. Aber auch die Aussicht, von Bund und Kanton inskünftig etwas ernster genommen zu werden, sind wichtige Argumente. Aber wie so oft bei solchen Projekten fehlt die Begeisterung dafür. Wenn man mit den Leuten der Fusionspartnergemeinden spricht oder die Medienberichte liest, zeigt sich, dass vor allem der Ausblick auf einen günstigen Steuerfuss oder die Hoffnung, die Schule zu erhalten, die Hauptargumente sind. Aber eben, die wahrnehmbare Begeisterung oder die Überzeugung für einen Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft fehlt. In Aarau fragt man sich auch, welche Vorteile eine Fusion jedem Einzelnen, einem Verein oder einer Partei bringt, oder was verloren geht. Diese Diskussion ist meines Erachtens zu wenig geführt worden. Der partizipative Prozess wurde gelobt und tatsächlich nach Schulbuch geführt. Es gab so viele Veranstaltungen, dass ich den Überblick verloren habe und nicht an allen teilnehmen konnte. Es gab schriftliche Mitwirkungsverfahren und am Schluss eine zusammenfassende Broschüre. Allerdings ist offen, wie viele und welche Bedenken schlussendlich in die Ausgestaltung des Leitbildes eingeflossen sind. Die Beantwortung der Fragen in der FGPK-Sitzung war teilweise oberflächlich und zeigte, dass noch Diskussionsbedarf hinsichtlich Grösse des Parlamentes, Wahlkreise, Stadtteilvertretungen, dezentrale Verwaltung oder die zukünftig hohe Hürde bei Volksinitiativen sowie auch die Sinnhaftigkeit eines alleinigen Zusammenschlusses von Aarau mit Densbüren besteht. Densbüren könnte jedoch auch durchaus frischen Wind einbringen. Diese Gemeinde hat dies im Abstimmungsverhalten mit ihrem Argumentarium und der Checkliste als Abstimmungshilfe in einem Excel-Sheet aufgezeigt. Ich habe das Gefühl, dass eine politische Diskussion des Aarauer Parlaments über die Inhalte nie richtig geführt wurde. Es gab de facto immer nur die Möglichkeit, zur Weiterführung des Projektes ja oder nein zu sagen. Auch heute kann man lediglich den Fusionsverhandlungen zustimmen oder diese ablehnen. Die erste, wirkliche politische Diskussion erlebte ich in der letzten FGPK-Sitzung beim Antrag zum Behördenreferendum. Dort kamen meines Erachtens tatsächlich Emotionen auf und es wurde politisch diskutiert. Ich bin erstaunt, dass im Parlament der Wunsch nach einem stärkeren Einbezug bis jetzt nicht mehr spürbar ist. Der Einwohnerrat hat schon über bedeutend weniger wichtige Geschäfte viel länger diskutiert. Nicht erstaunt hingegen bin ich darüber, dass heute über ein Behördenreferendum diskutiert wird. Meines Erachtens ist dies auch das Resultat einer fehlenden, politischen Diskussion zum Inhalt. Ich verstehe deshalb diesen Referendumsantrag und finde es nicht als angebracht, den Initianten Verzögerungstaktik vorzuwerfen. Hingegen sind wir von der GLP aber auch inhaltlich nicht der Ansicht, dass ein solches zum jetzigen Zeitpunkt wirklich Sinn macht. Wir sind den Weg bis anhin so weit gegangen, dass dieser auch weiterbeschritten werden sollte. Man sollte jetzt abwarten, wie die anderen Gemeinden entscheiden und dann in einer finalen Volksabstimmung den Schlussentscheid einholen. Bis zur definitiven Abstimmung bleibt noch Zeit. Zeit um sich vom Feuer der Begeisterung anstecken zu lassen und das vernünftige Projekt auch jenseits des Steuerfusses zu diskutieren. Vielleicht entsteht auch eine politisch intensivere Diskussion um die Inhalte. In der kommenden Phase sollte es keine Tabus geben und falls notwendig, sollte auch bereits Beschlossenes durchaus nochmals angesprochen und ev. auch angepasst werden. Die GLP stimmt den Vertragsverhandlungen einstimmig zu in der Hoffnung, dass sich die politische Diskussion intensivieren wird. Den Antrag für ein Behördenreferendum lehnt die GLP einstimmig ab, ebenfalls in der Hoffnung, dass sich die Kritiker inhaltlich zu Wort melden können und ernst genommen werden. Der Erhöhung der Parlamentsgrösse werden wir zustimmen. Wir sind mit den Argumenten einverstanden, dass wahrscheinlich mehr und komplexere Arbeit auf das Parlament zukommen wird und Sachkommissionen erforderlich sind, um die vielen Geschäfte behandeln zu können. Ein grösseres Parlament ist besser in der Lage, diese Aufgaben auf mehrere Personen zu verteilen. Es wäre schade, wenn das visionäre Zukunftsprojekt nur aus Vernunftsgründen zustande käme, die Begeisterung dafür jedoch fehlt.

**Martina Niggli, Mitglied:** Das Büchlein mit den Ergebnissen der Fusionsanalyse liest sich wie eine grosse Erfolgsstory. Alles ist top und alles glänzt. Die Strassennamen bleiben bestehen, die Wappen und die Ortsbezeichnungen bleiben erhalten. Den Feierlichkeiten



wird Sorge getragen, die Schulorganisationen finden in den Stadtteilen statt, genauso wie das Vereinsleben. Die Ortsbürgergemeinden müssen von Gesetzes wegen zusammengeschlossen werden. Sie sind aber engagiert und leisten einen wertvollen Beitrag für den Erhalt der Traditionen. Mit den Wahlkreisen haben alle Stadtteile ein Mitspracherecht und, ganz erfreulich, die Finanzen stimmen. Alles kommt gut. Das neue Aarau wird eine schöne Einheit. Trotzdem verspürt ein Teil der Grünen Fraktion ein ungutes Gefühl. Es drängen sich viele Fragen und Befürchtungen auf. Was geschieht mit allen kulturellen Errungenschaften, wie z.B. dem Kiff, dem Flösserplatz, dem Theater Tuchlaube, welche Aarau so lebens- und liebenswert machen und die vor allem dank der Mitte-Links-Mehrheit im Aarauer Stimmvolk auch gepflegt und gefördert werden. Woraus besteht die Motivation der Aussengemeinden, sich am Zukunftsraum zu beteiligen? Ist es lediglich das Geld und der zu erwartende tiefere Steuerfuss? Werden Aarau und die Partnergemeinden eine Einheit bilden können? Der z.B. so positiv dargestellte Erhalt der Feierlichkeiten in den einzelnen Gemeinden spricht unserer Meinung nach dagegen. Ebenso der Fakt, dass es fixe Wahlkreise geben wird. Wie werden sich die Sitze im neuen Einwohnerrat verteilen? Gibt es eine Verschiebung nach rechts? Werden wir uns mit weiteren Sparmassnahmen, wie Stabilo, auseinandersetzen müssen? Würden die neuen Stadtteile von Aarau von aussen tatsächlich als attraktivere Wirtschaftsstandorte betrachtet und das neue Aarau stärker wahrgenommen werden, bloss aufgrund der Fusion? Wir sind uns bewusst, dass diese Fragen in allen Gemeinden und bestimmt auch von Person zu Person unterschiedlich beantwortet werden. Ev. gibt es häufig auch gar keine Antwort. Und doch stimmt es uns nachdenklich, dass zwei der Partnergemeinden gegen ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung gestimmt haben. Was ist, wenn sich genau die Partnergemeinde, namentlich die Gemeinde Suhr, die Aarau politisch am nächsten steht, gegen eine Fusion entscheidet? Kann uns die Fusion mit Rohr ein paar Antworten liefern? Welches war die Motivation von Rohr für eine Fusion? Sind Aarau und Rohr heute eine Einheit? Ist Rohr durch die Fusion heute attraktiver geworden? Viele von Ihnen kennen die Antworten auf diese Fragen. Treffend hat die AZ in einem Artikel über die Podiumsdiskussion der FDP zum Zukunftsraum einen Satz über die Fusion mit Rohr geschrieben: "Grob gesehen hat Aarau Bauland erhalten und Rohr seine Finanzen geregelt". Dieser Satz lässt sich für uns auch auf den Zukunftsraum übertragen. Ein Teil unserer Fraktion steht deshalb der Fusion bis heute etwas skeptisch gegenüber und wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.

**Matthias Keller, Mitglied:** Ich möchte gerne auf die Voten von Daniel Ballmer reagieren. Mir erging es ähnlich, als ich - aufgewachsen in Buchs - nach Aarau zügeln wollte, weil ich ein Herzens-Aarauer bin, jedoch lediglich in Gränichen eine bezahlbare Wohnung finden konnte. Nach drei Jahren Exil habe ich es aber geschafft, mich in Aarau niederlassen zu können. Darüber habe ich mich sehr gefreut und hätte mir gewünscht, dass der Raum noch grösser wird und noch mehr Gemeinden dazu stossen. Ich verstehe auch die Kritik von Martina Niggli und der Hälfte der Fraktion bezüglich Mehrheitenverteilung und Kulturerbschaften und die Frage, ob eine echte Partnerschaft entsteht, wenn man nicht in einem Wahlkreis zusammenkommt. Ich glaube, dass genau diese Diskussionspunkte geführt werden müssen. Wir als EVP/EW Aarau sprechen uns aber dezidiert für eine Weiterführung der Fusionsbestrebungen aus. Die vorliegenden Berichte überzeugen uns, dass der Zusammenschluss der Gemeinden mehr Vorteile als Nachteile bringt. Die Details wurden bereits besprochen. Wir sind auch der Meinung, dass es nicht nur darum geht, die nächsten Jahre und die nächsten Sondereffekte zu beurteilen, sondern in die Weite zu schauen und die langfristigen Effekte anzustreben, welche dieser Zusammenschluss bringt. Die Zahlen sprechen klar für dieses Projekt. Wie bereits erwähnt, ist es aber sehr technokratisch. Menschen entscheiden nicht aufgrund von Zahlen, sondern aufgrund ihres Herzens. Ich denke, dass ein gemeinsames Planen, Handeln und Mitreden ein grosser Teil davon ist, weshalb man zu diesem Projekt Ja sagen kann. Ich glaube, dass Aarau mit dieser Fusion zu einem Wirtschafts- und Wohnort mit Ausstrahlung wird. Deshalb werde ich persönlich dieser Weiterführung zustimmen. Wir stehen vor dieser strategischen Weichenstellung. Die Region Aarau und die Stadt Aarau werden dadurch verändert. Wie stark diese



Veränderung sein wird, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden, weil wir noch nicht wissen, welche Gemeinden zusammen fusionieren. Ich finde die Öffnung des Änderungsprozederes relativ schwierig. Bis anhin sprach man von drei Fusionen. Mittlerweile stehen wir aktuell vor der Gegebenheit, dass 13 verschiedene Gemeindekombinationen möglich sind. Aarau-Suhr, Aarau-Densbüren, Aarau-Unterentfelden, Aarau-Oberentfelden usw. Diese Ungewissheit der Kombinatorik ergibt eine gewisse Planungsunsicherheit. Wir finden deshalb umso mehr, dass das Volk noch nicht befragt werden sollte, weil die Richtung noch nicht feststeht. Aus der Botschaft war zu entnehmen, dass die gegenseitigen Bedingungen der Gemeinden nicht zwingend nötig, aber möglich sind. Wir bitten den Stadtrat und auch die Projektsteuerung, ev. auf diese Aussage nochmals zurückzukommen und diese klarer zu definieren. Ich bin überzeugt, dass sich der Zukunftsraum nur lohnen wird, wenn sich alle Gemeinden daran beteiligen. Dadurch entsteht der gemeinsame Effekt. Wenn nur eine einzelne Gemeinde dazu stösst, entsteht nicht das gewünschte Resultat. Wir unterstützen ebenfalls den Antrag, dass die Grösse des Einwohnerates nochmals überprüft wird. Mindestens 60 Mitglieder. Wir werden den im Raum stehenden Antrag unterstützen. Ständige Wahlkreise sind nicht unsere erste Wahl. Wir hätten uns eine Teillösung gewünscht mit einer begrenzteren Zeitdauer und eher einen Einheitswahlkreis. In der Kombination können wir uns mit Wahlkreisen und einer erhöhten Einwohnerratszahl einverstanden erklären. Die Kosten sind moderat. Wenn man mit 10 Personen und 10 Sitzungen und einem Sitzungsgeld à Fr.80.00 ausgeht, ergibt dies Kosten von Fr. 8'000.00. Der Rest bleibt unverändert. Die Umsetzungsphase erachten wir als schwierig. Es gibt Parallelstrukturen und Zuständigkeitsveränderungen. Bei gleichzeitiger Optimierung der Führungsstruktur und Anstellungsverschiebungen ist besonders darauf zu achten, dass der Einwohnerrat grundsätzlich, aber auch die anderen Gemeindelegislativen, in dieser Umsetzungsphase ihr Mitspracherecht beibehalten. Dies erachten wir als sehr wichtig. Damit beende ich meine Darlegungen und hoffe auf ein gutes Resultat.

**Susanna Heuberger, Mitglied:** Wir haben in den bisherigen Diskussionen viele Lobgesänge und Schalmeyenklänge gehört. Jetzt ist es aber allerhöchste Zeit für eine kritische Würdigung des Jahrhundertprojekts Zukunftsraum Aarau. Denn die Auswirkungen des geplanten Mega-Zusammenschlusses mit Densbüren, Oberentfelden, Unterentfelden und Suhr sind nicht so seidig, flauschig und rosarot, wie es die Fusions-Turbos gerne darstellen. Alleine schon die Aussicht, dass die Verschmelzung zu einem Gross-Aarau mit 45'000 Einwohnern anscheinend keine Nachteile, oder höchstens vernachlässigbare mit sich bringen soll, sollte uns hellhörig machen. Kein Projekt in dieser Grössenordnung und von derartiger Tragweite bringt allen beteiligten Gemeinden nur Gutes. Auch Aarau nicht, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Es zeugt deshalb von wenig Sensibilität und zuweilen sogar von Unehrenhaftigkeit, wenn der Stadtrat definitiv vorhandene Nachteile entweder schönredet, unter den Tisch wischt, oder gar ganz verschweigt. Das kommt nicht gut. So wie sich vorher einzelne Redner sehr despektierlich und überheblich über Fusionsgemeinden, die noch zu Aarau stossen möchten, geäußert haben, bezweifle ich sehr, dass das Vorhaben gut kommt und wir eine gute Zusammenarbeit pflegen können. Und den Aussengemeinden, Densbüren, beiden Entfelden und Suhr möchte ich zurufen, ihr seid stolz auf eure Gemeinden und dies ist richtig, ebenso wie wir stolz darauf sind, Aarauer zu sein. Ursprünglich - das wird immer wieder vergessen - haben 11 Gemeinden ein gemeinsames Interesse gezeigt, den funktionalen Raum Aarau langfristig zu stärken. Zwischenzeitlich ist die Mehrheit davon aus dem Projekt ausgestiegen. Warum? Biberstein, Buchs, Erlinsbach, Küttigen, Muhen und Schönenwerd haben realisiert, dass die Nachteile überwiegen. Die Eigenständigkeit ist und bleibt für sie ein wertvolles Gut. Fragen wir uns doch alle ganz persönlich, wie wir dazu stehen würden, wenn wir von einem grossen Player übernommen werden sollten. Ich bin überzeugt, auch wir würden für unsere Eigenständigkeit kämpfen. Von Aarau einverleibt und somit fremdbestimmt zu werden, ist aktuell nur noch in Densbüren, Oberentfelden, Unterentfelden und Suhr ein Thema, wobei der Gemeinderat Suhr für die anstehende Abstimmung offiziell die Nein-Parole und damit den Ausstieg aus dem Zukunftsraum empfiehlt. Vielleicht sind also bald nur noch drei Ge-



meinden bereit, sich der Stadt Aarau zu unterwerfen. Auch wenn es aktuell noch nicht alle einsehen, hüben wie drüben werden wir einen hohen Preis für eine nicht zwingend notwendige Heirat bezahlen. Diese Tatsache ging in der bisherigen Diskussion völlig vergessen. Aarau ist als grösster Player auf die kleineren Gemeinden zugegangen. Die verbleibenden Gemeinden sind aber gar nicht so klein. Suhr und auch die beiden Entfelden können mit der Grösse mithalten und Densbüren ist eine andere Kategorie. Es ist aber klar, dass die angestrebte Heirat nicht zwingend notwendig ist. Auch in Aarau überwiegen klar die Nachteile. Nachteile, wie elftgrösste Stadt der Schweiz. Das ist ein Totschlagargument. Die Befürworter prahlen mit einer nationalen Ausstrahlung und mehr Einfluss von Gross-Aarau. Dabei handelt es sich um puren Grössenwahnsinn. Wir wissen alle, dass der Einfluss beschränkt ist. Vielfach wird zitiert, man könne dann auf einen erweiterten Halt von Zügen in Aarau einwirken. Die Personenzahl in der Agglomeration Aarau wird, nach einem allfälligen Zusammenschluss, aber genau gleich sein. Wir wissen auch, dass eine Stadt anonym wird, je grösser sie ist und neue Probleme geschaffen werden. Ein weiterer Nachteil von Gross-Aarau wird sein, dass wir eine bürgerferne und anonymere Verwaltung erhalten. Bereits heute ist die Verwaltung von Aarau sehr gross und sie würde anschliessend den Rahmen noch sprengen. Die Verwaltung von Aarau ist gegenüber den anderen Gemeinden übermächtig. Wenn man den Vergleich der Einwohnerzahlen mit Suhr macht, hat Suhr nur die Hälfte der Angestellten für die Bewältigung ihrer Aufgaben. Je grösser eine Gemeinde ist, desto grösser auch die Verwaltung. Die Aarauer Verwaltung wird so gross ausfallen, dass sie die anderen dominieren wird. Bezüglich des Steuerfusses wurden 97 % als Lockvogel eingesetzt. Dieses Versprechen ist nicht realistisch. In Densbüren liegt der Steuerfuss aktuell bei 117 %, also 20 % über Aarau. Oberentfelden hat aktuell 110 %, Unterentfelden aktuell 113 % und Suhr aktuell 108 %, wobei man weiss, dass in dieser Gemeinde eine Steuererhöhung für das nächste Jahr beantragt wurde. Das Gefälle ist offensichtlich und es ist schlicht nicht realistisch, dass ein Steuerfuss von 97 % gehalten werden kann. Für die Aarauer wird dieser Steuerfuss als Valium eingesetzt. Es wird vermittelt, dass der Grossfusion ruhig zugestimmt werden kann und nicht mehr Steuern bezahlt werden müssen. Für die anderen bedeutet dieser Steuerfuss ein Aufputzmittel in der Meinung, dass von einem niedrigeren Steuerfuss profitiert werden kann. All diesen, die aber des niedrigeren Steuerfusses wegen zu Aarau kommen möchten, muss klar sein, dass der tiefe Steuerfuss nur besteht, weil Aarau - im Gegensatz zu den Aussengemeinden - über viel Vermögen verfügt. Aarau bringt aktuell 110 Mio. Franken Vermögen mit. Die noch fusionswilligen Gemeinden verfügen aktuell über 45 Mio. Franken Schulden. Es ist klar, wer diese Differenz bezahlt. Es ist die Stadt Aarau. Wollen wir das? Im Weiteren ist es offensichtlich, dass die Standards in diesen verschiedenen Gemeinden völlig unterschiedlich sind. In Aarau steigt man immer nur im Fünfsternehotel ab. Alles andere ist unter der Würde. Die anderen Gemeinden sind auch mit einem Dreisternehotel zufrieden. Sie haben deswegen keine schlechteren Ferien oder ein schlechteres Leben. Das Gefälle ist riesengross und wir wissen - wir kennen das von Rohr und Studien sagen dies auch aus - die Standards müssen sich angleichen. Diese Anpassung richtet sich nach dem höchsten Standard. Die Forderungen von linker Seite haben aufgezeigt, was alles unverändert bleiben muss. Allen die mit Aarau fusionieren wollen, sei gesagt, dass ihr zwar alles Gewünschte haben könnt, aber das kann nie mit einem Steuerfuss von 97 % finanziert werden. Die Gebühren sind in Aarau vielfach höher. Aarau erhebt auch Gebühren, die man in den anderen Gemeinden nicht kennt. Wer die Meinung vertritt, nach einer Fusion finanziell besser dazustehen, sollte sich über diese Ansicht nochmals Gedanken machen. Die Finanzen sind kein Grund für eine Fusion, weil am Ende alles teurer wird. Der Blick auf andere Fusionsprojekte zeigt, dass die Mehrausgaben überwiegen. Gross-Aarau wird unser Vermögen innert kürzester Zeit aufzehren. So wurde es auch, wenn auch ein wenig versteckt, dargelegt und wird auch nicht mehr in der einseitigen Propagandabroschüre erwähnt, welche bis anhin in Aarau noch nicht verteilt wurde. Unser Vermögen wird innerhalb von fünf bis sechs Jahren nach dieser Grossfusion praktisch aufgebraucht sein. Hier drin gibt es Stimmen von linker Seite, die sich fragen, ob denn das Vermögen für die Aarauer nicht erhalten werden kann. Es muss uns bewusst sein, dass das Vermögen allen zusteht. Wollen wir



das? Als einen weiteren Nachteil erachten wir den Identitätsverlust der Ortsbürgergemeinden. Diese müssen die Fusion zwangsweise mitmachen und werden zu einer Gross-Ortsbürgergemeinde zusammengeführt. Sie verlieren ebenfalls ihre Bürgernähe und erleiden nur Nachteile. Es wurde auch von linker Seite attestiert, dass Gross-Aarau ein demokratisches Defizit bringt. Die Einwohnerratsentscheide werden faktisch unanfechtbar. Das für ein Referendum notwendige Quorum von 10 % der Stimmberechtigten wird in Aarau unerreichbar. Die neu geplanten Stadtteilvertretungen sind eine reine Alibiübung, um das demokratische Defizit zu vertuschen. Ein Thema, welches bis anhin nie erwähnt wurde, ist die Wahl eines neuen Stadtrates. Diesbezüglich sind keine neuen Wahlkreise vorgesehen. Der Stadtrat wird von den Stimmberechtigten von allen fusionierten Gemeinden gewählt. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass Aarau stimmässig ein wenig grösser als alle anderen verbleibenden Fusionsgemeinden ist. Der zukünftige Stadtrat von Aarau wird vermutlich oder ganz sicher von Aarauern besetzt werden. Ich weiss nicht, ob die anderen Gemeinden Freude daran haben, wenn sie keine Vertretung mehr im Stadtrat haben. Die SVP Aarau lehnt deshalb weitere Schritte in Richtung Fusionsverträge ab. Wir wollen eine Kleinstadt mit Charme bleiben. Wir haben eine vielfältige Stadt und alles darüber hinaus ist für uns zu gross. Den Antrag um Erhöhung der Einwohnerratszahl lehnen wir ab. Bereits heute besteht bei den heute 50 Einwohnerräten eine riesige Fluktuationsrate. Ich bin überzeugt, dass der Ratsbetrieb mit einer Erweiterung der Mitgliederzahl nicht besser wird. Bei einer erhöhten Mitgliederzahl würde es bestimmt viele Leute geben, die sich nicht stark am politischen Geschehen beteiligen, sondern lediglich abstimmen. Ich staune darüber, dass einige Ratsmitglieder dem Behördenreferendum nicht zustimmen können. Wir haben diesen Antrag sehr früh und bereits in die FGPK-Kommission eingebracht. Es wird argumentiert, der Einwohnerrat sei legitimiert, den Entscheid zu fällen. Heute sind 45 Mitglieder anwesend, 5 Einwohnerräte fehlen. Wie mir bekannt ist, werden sich einzelne Ratsmitglieder der Stimme enthalten. Ich frage mich, wie man sich bei einer so wichtigen Frage der Stimme enthalten kann. Die Legitimation dieses Einwohnerratsentseides ist bei der Tragweite dieses Projektes relativ klein. Wir sind der Meinung, dass das Volk - ebenso wie in den anderen Gemeinden - jetzt entscheiden soll, ob man Verträge ausarbeiten soll. Gemäss kürzlichen Medienberichten ist ein Fusionsprojekt zwischen Baden und Turgi ein Thema. Der Stadtrat Baden spricht sich explizit für zwei Volksabstimmungen aus, nämlich genau auch zu diesem Schritt, ob überhaupt Fusionsverträge ausgearbeitet werden sollen, oder nicht. Dieses Beispiel sei zur Nachahmung empfohlen. Ich glaube immer noch, dass sich der eine oder andere Einwohnerrat aufrufen und diesem Behördenreferendum zustimmen kann. Der Stimmbürger von Aarau würde sich darüber freuen, und die SVP insbesondere.

**Esther Belser Gisi, Mitglied:** Nach den mahnenden Worten von Susanna Heuberger möchte ich eine andere Sicht einbringen. Die Bedenken meiner Vorrednerin müssen diskutiert werden. Ich vertrete meine Meinung, weil ich im Stadtteil Aarau Rohr wohne. Ich bin somit "fusionserfahren". Ich bin zwar keine Ur-Rohrerin, aber es gibt im Rat auch noch andere Rohrer. Ich bin aber immerhin eine Ur-Buchserin, was auch etwas aussagt. Ich habe vor zehn Jahren der Fusion Aarau Rohr zugestimmt. Ich wohnte ein paar Jahre in Rohr. Ich hatte auch gewisse Bedenken, ob die Bürgerinnen und Bürger dieses Stadtteils noch etwas zu sagen haben, oder ob nur in Aarau bestimmt wird. Ich habe ein paar Mal an der Gemeindeversammlung in Rohr teilgenommen und mich auch zu einem Votum gemeldet. Dabei habe ich die Abstimmungen am Schluss jeweils als Zufallsentscheide empfunden. Für mich war diese Erfahrung nicht zufriedenstellend, ich möchte mich besser informieren, mehr mitbestimmen und mehr mitgestalten können. 10 Jahre später, und nach einer bald siebenjährigen Zugehörigkeit im Einwohnerrat, kann ich bestätigen, dass die Fusion eine gute Sache war. Ich weise darauf hin, weil sich im Besucherraum viele Suhrer aufhalten und sie dadurch von meiner Perspektive erfahren. Ich bin der Meinung, dass wir Einwohnerräte ernst genommen werden, egal ob sie aus Aarau oder Aarau Rohr stammen. Es ist ein gemeinsames Gestalten. Der Stadtrat und die Verwaltung lassen die Geschäfte von den Mitgliedern des Rates in vielen Kommissionen vorbereiten. Damit kann frühzeitig auf das



Geschäft Einfluss genommen werden. Das Verhältnis mit dem Stadtrat ist partnerschaftlich. Wir erhalten von beinahe allen Vorlagen extrem gut aufgearbeitete Unterlagen. Ich fühle mich gut informiert, was eine gute Abstimmung möglich macht, und das ca. 10 Mal im Jahr. Mein Fazit ist, dass ich hier mehr mitgestalten und mitreden kann, wenn ich das möchte. Rohr hat, ausser des deutlich tieferen Steuerfusses, auch viel anderes gewonnen. Tempo 30 konnte in allen Quartieren sehr unkompliziert umgesetzt werden. Uns stehen bessere Veloverbindungen nach Aarau, an den Bahnhof und die Stadt zur Verfügung. Wir haben viel bessere Busverbindungen erhalten. Bald entsteht ein Veloparking am Bahnhof. Ausserdem wurden drei schön gestaltete Kindergärten realisiert und es entsteht bald ein Hort, eine Krippe und ein neuer Spielplatz. Das Vereinsleben ist immer noch vorhanden. Es gibt einen Stadtteilverein und unser Weihnachtsbaumverkauf ist legendär. Es besteht ein Familienclub, welcher aktiver ist, als derjenige in Aarau sowie ein Fussballverein, welcher anscheinend demnächst Steuern bezahlen muss. Man fragt sich vielleicht, welche Vorteile für die Stadt Aarau resultieren. Ich glaube, wir haben bereits viele positive Argumente genannt. Wir gewinnen vor allem mehr Gewicht und Bedeutung bei Verhandlungen mit Dritten und wir können visionär und im Voraus auf wichtige Zusammenarbeiten Einfluss nehmen. Ich finde, die Nachteile für die Rohrer waren gering. Lassen wir doch den Stadtrat den letzten Teil dieses langen Weges noch vollenden und dann steigen wir auf die Diskussion ein und legen die Argumente offen, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger diskutieren und abstimmen können. Der Einwohnerrat kann heute seine Aufgabe wahrnehmen mit einem letzten Ja oder Nein. Pro Aarau unterstützt den Referendumsantrag nicht. Wir wollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sicher mitreden lassen, aber nicht, bevor der Fusionsvertrag vorliegt. Wir vertreten aber auch klar die Meinung, dass es mehr Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte braucht, um eine gute Vertretung von allen Gemeinden gewährleisten zu können. Das wünschen wir uns, vor allem auch deshalb, weil wir eine kleine Partei sind und davon betroffen wären.

**Matthias Zinniker, Mitglied:** Ich spreche nicht im Namen der ganzen Fraktion, sondern vertrete eine Minderheitsmeinung. Warum sollte man eigentlich eine andere Meinung vertreten, als offensichtlich die Mehrheit des Einwohnerrates? Wenn ich mir die Erklärungsvideos der Projektsteuerung ansehe oder den vorangehenden Voten zuhöre, könnte man so richtig euphorisch werden. In Corona-geplagten Zeiten kann man sich endlich wieder auf die Zukunft freuen - die Zukunft im Zukunftsraum! Die 11. grösste Stadt, "Zusammenbringen was zusammengehört", oder wie es in einem solchen Video heisst: "eine höhere Lebensqualität, ein stärkeres Miteinander" - hinterlegt mit sanfter Musik. Toll! Dieser erste Eindruck liegt nahe. Früher oder später fragt sich dann aber jede Bürgerin und jeder Bürger "was bedeutet das konkret - was bedeutet das für mich und meine Zukunft im Zukunftsraum? Gibt es mehr demokratische Mitsprache"? Für die Aussengemeinden sicher nicht, diese verlieren ihre Gemeindeversammlungen und können stattdessen ein paar Vertreter in den Einwohnerrat delegieren. Aber auch in Aarau wird der Zugriff des Volks in das politische Geschehen schwieriger. Einwohnerratsentscheide kann man noch anfechten, wenn man während 30 Tagen etwa 100 Unterschriften pro Tag sammelt. Das ist faktisch unmöglich. Die Stadtteile und Stadtteilkommissionen versuchen zu überdecken, was sich nicht kaschieren lässt. Ein demokratisches Defizit, welches sich mit ein paar tausend Franken pro Stadtteil nicht weg reden lässt. Mitreden können sie wenig, dafür Steuergelder nach Gutdünken verteilen. Mit diesen Stadtteilen und Stadtteilversammlungen wird eine zusätzliche, diffuse, pseudodemokratische Ebene geschaffen, im sowieso nicht so einfach verständlichen föderalistischen Staatsaufbau. Daneben existieren auch die ursprünglichen Gemeinden noch weiter, beispielsweise bei der Organisation des Maienzugs oder anderen Feierlichkeiten. Der Maienzug wird irgendetwas zwischen einem Stadtteil- und Quartierfest. Apropos demokratisches Defizit! Sowohl wir als Einwohnerrat, als auch die Bevölkerung an einer Volksabstimmung, haben keine Möglichkeit, bezüglich Fusion zu wissen, über was überhaupt befunden wird. Die meisten Vor- und Nachteile einer Fusion, die in dieser Debatte bereits vorgebracht wurden, basieren auf der Grundannahme, dass alle Gemeinden am Schluss Ja zu Gross-Aarau sagen. Jemand, der nur mit allen Gemeinden





fusionieren will und nicht, wenn nur eine oder zwei Gemeinden dazu bereit sind, kann seinen Willen nicht zutreffend mit seiner Stimme zum Ausdruck bringen. Er oder sie weiss nicht, zu was man Ja oder Nein sagt. Es besteht die reelle Chance, dass wir schlussendlich ein Konstrukt von fusionierten Gemeinden haben, welches von der Mehrheit so nicht gewünscht wird. Was ist, wenn nur Densbüren der Fusion zustimmt oder vielleicht noch Oberentfelden? Ist das nachher das Resultat des Mottos "Zusammenbringen was zusammengehört"? Gross-Aarau als Flickenteppich! Dazu kommt, dass die Bevölkerung in der Gemeinde Aarau, welche grössen- und flächenmässig den Kern von Gross-Aarau bilden wird, bis jetzt zu diesem Jahrhundertprojekt nicht befragt wurde. Immerhin kann der Einwohnerrat dazu heute ein demokratisches Zeichen setzen und seinen Entschluss dem Volk vorlegen. Die Bereitschaft dazu ist offensichtlich nicht vorhanden. Wenn der erste harmonische Eindruck der Zukunft im Zukunftsraum schon leicht mit einem demokratischen Defizit befleckt ist, kann man sich weiter fragen, ob Aarau finanziell von diesem Projekt profitiert. Als erstes werden die Schulden der anderen Gemeinden mit dem Aarauer Vermögen gedeckt. Verwendet man bewusst die Zahlen von 2018, welche auch im Fachbericht über die finanziellen Effekte der Fusion zugrunde liegen und sich in den letzten Monaten sicher nicht verbessert haben, handelt es sich um ca. 40 Mio. Franken, welche auf einen Schlag verschlungen werden. Hier zeigt sich Aarau grosszügig. In diversen Quellen, zum Beispiel im Fachbericht oder in der Zukunftsraumbroschüre, kann man lesen, dass sich das Nettovermögen von Gross-Aarau langsamer abbaut als ohne Fusion. Dieser Vergleich ist aber immer zwischen der Situation im Zukunftsraum als fusionierte Gemeinde und der Situation ohne Fusion mit den zusammengerechneten Ergebnissen aller Zukunftsraumgemeinden zutreffend. Dass alle Gemeinden zusammen mit einer Fusion besser dastehen als ohne Fusion, ist aus meiner Sicht das Minimum, damit ein Fusionsprojekt seine Berechtigung nicht ganz verliert. Spannender ist aber der Vergleich, wie sich das Vermögen, nur von Aarau, ohne Fusion, mit demjenigen in der Fusion entwickelt. Diese Gegenüberstellung findet man weder im Fachbericht noch in der Broschüre zum Zukunftsraum - kein Wunder, er fällt auch deutlich negativer aus. Im 5. Planjahr hat Gross-Aarau gerade noch 20 Mio. Franken Vermögen, die Gemeinde Aarau ohne Fusion noch 75 Mio. Franken, vergl. Seite 7 und 23 des Finanzberichtes. Diese Zahlen sind natürlich schon älter und naturgemäss mit grosser Unsicherheit behaftet. Aber die Tendenz ist unverkennbar. Gross-Aarau zehrt das Aarauer Vermögen in Höchstgeschwindigkeit auf. Nachdem jetzt schon mehrere Vorrednerinnen und Vorredner im Zusammenhang mit dem Behördenreferendum betont haben, dass wir die volksgewählten Vertreter der Aarauer Bevölkerung sind, appelliere ich, dass man sich dem auch bei der inhaltlichen Diskussion bewusst ist. Aus Aarauer Sicht - und so müssen wir das Projekt bewerten - bringt der Zukunftsraum finanziell keine Vorteile. Einen Steuerfuss von 97 % verkauft man als tollen Lockvogel für die anderen Gemeinden, aber auch dieser wird, wie das Vermögen, von kurzer Lebensdauer sein. Aarau hat in vielen Bereichen die höchsten Leistungs- und Infrastrukturstandards. In der politischen Umsetzung einer Fusion wird dies zu einer Angleichung dieser Standards nach oben auf Aarauer Niveau führen. Potenzielle Synergieeffekte werden schnell verpuffen und der Steuerfuss wird ebenso schnell steigen. Wie man der Bevölkerung ernsthaft versprechen kann, dass der Steuerfuss von Gross-Aarau mittel- und langfristig 97 % bleiben wird, verstehe ich nicht. Diese Aussage wurde - wie bei diesem Projekt schon oftmals - absichtlich oder auch nicht absichtlich beschönigt. Auch wenn man das geplante Gross-Aarau nur einmal geographisch betrachtet, habe ich erhebliche Zweifel. "Zusammenbringen was zusammengehört, ein Lebensraum - eine Gemeinde". Aber schon der Blick auf die Karte verrät etwas ganz Anderes. Buchs und Suhr, aber auch Küttigen würden viel näher bei Aarau liegen, jedenfalls näher als Oberentfelden und Densbüren. Von diesen drei Gemeinden haben schon einmal zwei Nein gesagt und in Suhr ist die Fusion sehr umstritten. Warum wohl will man von Gross-Aarau geschluckt werden? Und so verliert die zuerst empfundene Harmonie Stück für Stück ihren Glanz. Das gleiche Spiel könnte man auch in anderen Bereichen dieser Fusion machen. Harmonisch auf den ersten Blick, verblasst auf den zweiten. Das sind Überlegungen, die sich auch die Bevölkerung in Suhr, Oberentfelden, Unterentfelden und Densbüren machen wird. Buchs hat sich diese Gedanken, mit bekanntem Ausgang, bereits



gemacht. Will man die Eigenständigkeit zugunsten von Gross-Aarau aufgeben, damit man ein Teil der elftgrößten Stadt der Schweiz werden kann? Genau diese entscheidende Frage wollen der Stadtrat und offenbar viele Mitglieder des Einwohnerrates dem Volk erst ganz am Schluss vorlegen. Da frage ich mich schon, ob die Befürworter und der Stadtrat Angst haben und eine kontrovers geführte Diskussion, wie in Buchs und Suhr, so lange wie möglich verhindern möchten. Ich sehe die Zukunft von Aarau und den anderen Gemeinden nicht als Teil von Gross-Aarau, sondern als Teil einer urbanen Region, die zusammenarbeitet, aber die Eigenständigkeit der Gemeinden wahrt, eine Region, die nicht nur auf den ersten Blick harmonisch erscheint, sondern in der die Harmonie auch tatsächlich gelebt wird.

**Alexander Umbricht, Mitglied:** Susanne Heuberger betont, dass eine Hochzeit der Zukunftsraumgemeinden nicht zwingend und ein grundlegender Fehler sei. Ich meine "Gott sei Dank" müssen wir nicht heiraten, sondern können freiwillig bestimmen. Zwangsheiraten sind aus einem guten Grund verboten. Freiwillige Hochzeiten können aber schön sein. Vermutlich sind auch viele in diesem Raum verheiratet und ich hoffe doch sehr, dass es die meisten freiwillig ohne und äusseren Zwang sind. Nutzen wir doch die Chance für eine freiwillige Hochzeit.

**Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident:** Vielen Dank für die engagierten Voten zu einem Projekt, welches tatsächlich einen Generationencharakter aufweist und ganz aussergewöhnlich ist. Als wir vor über zehn Jahren mit der Diskussion zum weiteren Vorgehen begannen, haben wir uns viele Gedanken gemacht, weil wir gespürt haben, dass die Abstimmung und die Koordination zwischen den 17 verschiedenen Gemeinden in einer Regionalplanungsverbundung ausserordentlich aufwändig ist und die jetzt so hochgelobte Eigenständigkeit der Gemeinden ganz massive Einschränkungen hat. Wir wissen, dass zwischen 40 und 70 % derjenigen Gemeinden, die heute noch über eine Fusion verhandeln, fremdbestimmt sind, beispielsweise über eine Finanzausgleichszahlung, an welche die Stadt Aarau pro Jahr 8 Mio. Franken beisteuert oder über Gemeindeverbände, an welche wir Beiträge, welche vom Gemeindeverband fixiert werden, ausrichten. Darauf kann das Parlament keinen Einfluss nehmen. Diese Punkte führten vor zehn Jahren dazu, in den Prozess einzusteigen. In den Voten von Susanna Heuberger und Matthias Zinniker wird genau - wie vor zehn Jahren - mit den gleichen Befürchtungen operiert: Wir sind zu gross, es wird alles zu teuer, der Steuerfuss kann nicht gehalten werden. Alles wird auf das Niveau der Stadt Aarau angepasst usw. Es werden exakt die gleichen Argumente vorgebracht. Susanne Heuberger hätte das Votum vor zehn Jahren unverändert kopieren können, mit Ausnahme des neuentwickelten Stadtteilvereins. Ich denke, das Wesentliche in diesem langen Prozess - bei welchem der Einwohnerrat durchaus in verschiedensten Varianten und Stadien immer involviert war - war der Gedanke, wie man weitergehen will, und mit welchem Prozess begonnen werden soll. 2016 wurde das Leitbild entwickelt. 2018 erfolgte die Fusionsanlysenentscheidung. Wir haben in verschiedensten Bereichen - über Finanzen, Politik, Verwaltungsstandorte, Art und Weise der Verwaltungsorganisation, Vereine, Ortsbürgergemeinde, Schulen etc. - detailliert Berichte erstellt, wie die Umsetzung vorgenommen werden soll. Die Erkenntnis fiel durchaus positiv aus, indem man in allen Berichten bei allen mitarbeitenden Gremien, d.h. die Bevölkerung, Einwohnerratsmitglieder, Verwaltungspersonal, Vertreterinnen und Vertreter aus allen Gemeinden, Kantonsvertreter, sehr partizipativ feststellte, dass es sich um eine gute und vernünftige Lösung handelt. Deshalb haben wir beispielsweise bei den Wahlkreisen sehr schnell eine plausible Lösung gefunden, wie sie bei anderen grösseren Städten auch anzutreffen sind. Dort werden genau diese Kreise zusammengeführt, vor allem bei denjenigen Gemeinden, die jetzt eigenständig sind, Oberentfelden, Unterentfelden, Suhr. Es wird sichergestellt, dass eine gesicherte langfristige Vertretung im politisch entscheidenden Gremium vorhanden ist, in der Legislative. Die Befürchtungen von Susanna Heuberger zur Personenvertretung im Stadtrat treffen keinesfalls zu. Heute bereits ist im Stadtrat mit Franziska Graf der Stadtteil Rohr vertreten, dies,



obwohl Rohr kein Wahlkreis ist. Bis vor vier Jahren stammten zwei Mitglieder aus dem Stadtteil Rohr. Auch im Einwohnerrat ist dieser Stadtteil vertreten. Es trifft nicht zu, dass die Stadt Aarau dominiert und sich jemand unterwerfen muss. Hier liegt der Unterschied zu anderen Fusionsprojekten. Wir sind nicht ein grosses Unternehmen, welches ein kleines aufnimmt. In diesem partizipativen Prozess haben wir mit allen interessierten Kräften Lösungen diskutiert, über welche heute abgestimmt wird. Aufgrund der Fusionsanalysen, zu welchen wir stehen, können wir nun einen Schritt weiter in die Vertragsentwicklung gehen. Es gibt sicher noch beeinflussbare Punkte, wie z.B die Grösse des Einwohnerrates. Auch andere Entwicklungen können noch verändert werden. Am Schluss geht es darum, einen Entscheid unter diesen Gemeinden zu fällen, die dieser Fusion zustimmen. Ich habe mir einige Punkte gemerkt, die in den vorherigen, ausführlichen Voten angesprochen wurden. Von der FGPK stammt der Antrag, dass sich der Stadtrat für eine Erhöhung auf 60 Einwohnerräte in dieser neuen Legislative einsetzen soll. Wenn der Einwohnerrat das so wünscht, werden wir dieses Anliegen entgegennehmen. In der Projektsteuerung und der Projektleitung sowie den Gremien hat man sich nach gemeinsamem Ringen für eine Anzahl von 50 Räten entschieden. Das Thema der Referendumshöhe wurde bereits aufgenommen. Der Kanton selbst hat in der Antwort zur Motion von Lukas Pfisterer bereits den Weg skizziert, wie dieses Problem gelöst werden soll. Die entsprechende Antwort vom 26. Januar 2020 kann ich Ihnen wie folgt vorlesen: "Neu soll aber die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, dass eine Gemeinde in der Gemeindeordnung den minimalen Prozentsatz tiefer festlegen kann. Weiter soll zukünftig zulässig sein, analog der kantonalen Regelung, eine absolute Zahl festzulegen". Selbstverständlich werden die Projektleitung und die Projektsteuerung anstreben, ein Referendumslimit in der Gemeindeordnung zu fixieren, welches adäquat für eine Stadt mit 34'000 oder 45'000 Einwohnern ist, und worüber das Volk abstimmen kann. Die Motion von Lukas Pfisterer wurde überwiesen. Der Termin zur Realisierung dieser Vorlage im Grossen Rat wird im nächsten Jahr sein. Voraussichtlich anfangs 2022 oder spätestens anfangs 2023 wird die gesetzliche Basis dazu geschaffen, mit Sicherheit vor dem geplanten Fusionsdatum vom 1.1.2026. Zum Thema Behördenreferendum vertritt der Stadtrat die Meinung, dass die Kompetenz für die heutige Entscheidung beim Einwohnerrat liegt. Der Ablauf in der Prozessgestaltung war immer klar. Es stand immer fest, dass der heutige Entscheid vom Einwohnerrat getroffen werden soll. Es ist speziell, wenn zwei Wochen vor dem anstehenden Entscheid im Einwohnerrat - bei welchem jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat in den verschiedensten Prozessen und Arbeitsgruppen involviert war - plötzlich der Vorschlag gemacht wird, den Entscheid dem Volk vorzulegen. Eine Abstimmung im Volk ist erst im Zusammenhang mit den Fusionsverträgen möglich, wenn deren Inhalt klar feststeht. Der Einwohnerrat soll seine Kompetenz wahrnehmen und sich entsprechend dem Projektablauf verhalten. Es ist Tatsache, dass die Gemeinden selbst frei entscheiden können, ob sie bei der Fusion mitmachen möchten. Das ist auch gut so. Es gibt keine Einheitsstadt. Es gibt eine Stadt mit Identitäten in den verschiedenen Stadtteilen, mit einem Parlament, welches die Entscheide im Konsens von den vertretenen Kräften fällt. Es trifft zu, dass die Stadt Aarau heute nicht mehr Einwohner hat als die anderen Gemeinden, wenn im Idealfall alle fünf Gemeinden mitmachen. Die Stadt Aarau hat nicht die absolute Mehrheit. Schauen wir die Entwicklung von Rohr nach der Fusion an. Rohr hat heute einen Drittel mehr Einwohner als damals. Das Gewicht von Rohr, bezogen auf die Bevölkerung, ist deutlich grösser, als im Jahr 2008, in welchem der Entscheid zur Fusion gefällt wurde. Wir gehen in der Projektleitung und der Projektsteuerung davon aus, dass eine solche Fusion den Raum dichter und intensiver machen kann, weil man weiss, dass Oberentfelden, Unterentfelden, Suhr und Densbüren eben zu Aarau gehören. Das kann dazu führen, dass in diesen Gebieten gewisse Nutzungen intensiviert werden können. Eine Einheitsstadt wollen wir nicht, sondern eine, die dezentral organisiert ist, mit verschiedenen Verwaltungsstandorten und auch mit den Möglichkeiten unseres Steuersystems. Insgesamt kann erwähnt werden, dass der ganze Fusionsprozess ausgewogen und auf Augenhöhe mit den Gemeinden ablief. Es ist keine Unterwerfung vorhanden. Wir haben eine breite, demokratische Basis, welche partizipativ mitgemacht hat. Es wurde eine interessante Aussage in der FGPK-Sitzung gemacht, indem jemand bemängelte, dass die-



ser Prozess viel zu viel Partizipation und zu wenig politische Diskussion beinhaltet. Die politische Diskussion ist aber Ihre Aufgabe. Jeden Schritt haben wir dem Einwohnerrat vorgelegt. Wir haben Umfragen gemacht und die Parteien abgeholt. Wenn sich weniger Leute melden, werten die Projektleitung und Projektsteuerung das Projekt als überzeugend, vielleicht nicht so emotional, aber sinnvoll. Das rational Optimistische ist das, was uns dazu führen sollte, eine positive Entwicklung in die Zukunft voranzutreiben. Das ist der Inhalt unseres Antrages, mit welchem wir Sie bitten, den fundierten, detailliert vorliegenden Fusionsanalysen, zu welchen auch zusätzliche Informationen aufgrund der gestellten Fragen aus dem Einwohnerrat und den verschiedensten Kräften geliefert wurden, zuzustimmen, damit wir in einem nächsten Schritt mit den vorhandenen Partnern in die Fusionsverträge einsteigen können. Natürlich haben wir dann als grössere Stadt ein grösseres Gewicht und mehr Möglichkeiten. Wegen den Finanzen und der absoluten Grösse müssen wir diese Fusion aber nicht vollziehen. Der Inhalt dieser Fusion muss sein, dass wir gemeinsam, mit den bekennenden Gemeinden, die Lebensqualität, die Diskussionsqualität, die politische Partizipation und die Leistungen in allen Bereichen verbessern können. Am Schluss hängt es unbestritten vom Entscheid der Gremien ab, ob die teuerste Variante berücksichtigt wird oder die billigste. Aber es trifft nicht zu, dass man z.B. in Suhr die günstigsten Schulhäuser baute und in Aarau die teureren. Das sind alles Unterstellungen, die dem ganzen Prozess eine unseriöse Haltung unterlegen, was definitiv nicht der Fall war. Der Stadtrat bittet Sie, dieser Fusionsanalyse zuzustimmen, auch als Zeichen dafür, dass wir uns auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Stadt nicht einmauern wollen, sondern dass eine Perspektive zusammen mit den Regionsgemeinden angestrebt wird. Der Stadtrat empfiehlt im Weiteren, das Behördenreferendum nicht zu unterstützen. Der Entscheid liegt aber in der Kompetenz des Einwohnerrates. Selbstverständlich nehmen wir den Wunsch nach 60 Einwohnerräten entgegen, wenn vom Einwohnerrat Aarau, an den entsprechenden Gemeindeversammlungen und der Urnenabstimmung in Suhr diese Anzahl abgesegnet wird.

**Susanna Heuberger, Mitglied:** Mein Votum ist eine kurze Replik auf die Ausführungen von Hanspeter Hilfiker. Er hat mir direkt unterstellt, dass wir den partizipativen Prozess nicht gut gefunden haben. Das ist nicht so. Der Prozess war in Ordnung. Im Weiteren wurde mir unterstellt, ich hätte mein vor 10 Jahren vorgetragenes Votum kopiert. Das mache ich nie, obwohl ich schon 15 Jahre lang im Einwohnerrat vertreten bin. Die SVP stand bis anhin immer an der Seite derjenigen, welche die Fusionsanalyse befürworteten und diese vor einer definitiven Entscheidung prüfen wollten. Die Argumente fielen definitiv nicht vor zehn Jahren. Ich möchte betonen, dass wir immer mitgearbeitet haben. Ich empfinde die Aussage von Hanspeter Hilfiker als eine Unterstellung, die so nicht zutrifft.

**Thomas Richner, Präsident:** Wir kommen zu den

### **Abstimmungen**

In einem ersten Schritt stellen wir den Antrag des Stadtrates und den Ergänzungsantrag der FGPK einander gegenüber:

### **Antrag Stadtrat**

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen.*



## Antrag FGPK

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass der künftige Einwohnerrat 60 Mitglieder umfasst.*

## Beschluss

Antrag Stadtrat                    15 Stimmen  
Antrag FGPK                        30 Stimmen

Somit kommen wir zur

## Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

## Beschluss

*Der Stadtrat wird beauftragt, sich auf der Basis der "Ergebnisse der Fusionsanalyse vom 14. Februar 2020" an der Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung Fusionsvertrag) zu beteiligen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass der künftige Einwohnerrat 60 Mitglieder umfasst.*

Nachdem der Beschluss des Einwohnerrates nun feststeht, kommen wir zur

## Abstimmung über das Behördenreferendum

### Antrag

*Gestützt auf § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung sei der Beschluss des Einwohnerrates der Urnenabstimmung zu unterstellen (Behördenreferendum).*

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen folgenden

## Beschluss

*Der Antrag für ein Behördenreferendum wird abgelehnt.*

Der Beschluss unterliegt somit gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

**Susanna Heuberger, Mitglied:** Nachdem das Geschäft fertig beraten ist, möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben. Diese ist als Medienmitteilung zu verstehen, welche noch heute Abend an die Presse herausgegeben wird. Der Aarauer Einwohnerrat hat heute mit 30 zu 12 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, beschlossen, dass der Stadtrat die Fusionsverträge mit Oberentfelden, Unterentfelden, Suhr und Densbüren ausarbeitet. Leider hat es der Rat mit 32 zu 13 Stimmen abgelehnt, die Aarauer Bevölkerung über diesen bedeutenden Entscheid ebenfalls abstimmen zu lassen. Damit verweigert er uns Aarauerinnen und Aarauern die Mitbestimmung in dieser eminent wichtigen Projektphase. Auch wenn die defini-



tive Gemeindefusion nach Abschluss der Verträge obligatorisch dem Volk vorzulegen ist, soll der Aarauer Stimmbürger bereits jetzt über die bedeutsame Frage pro-contra Vertragsausarbeitung mitreden und darüber abstimmen können, so, wie dies u.a. auch den Stimmberechtigten unserer Nachbargemeinde Suhr zusteht. Gegen dieses Defizit an Demokratie wehrt sich jetzt ein breit abgestütztes Komitee. Wir wollen in dieser extrem wichtigen Projektphase nicht allein den Einwohnerrat entscheiden lassen. Wir ergreifen deshalb das fakultative Referendum und beginnen umgehend nach öffentlicher Publikation des Einwohnerratsentscheids mit dem Sammeln von Unterschriften. Unterschriftenbögen werden Ende der nächsten Woche auch in alle Aarauer Haushalte zugestellt. Das Referendumskomitee ist altersmässig sehr breit abgestützt und es handelt sich um eine Volksbewegung. Es ist kein überparteiliches Komitee, es wird bewusst als Volksbewegung verstanden. Wir hoffen, dass wir auch im Einwohnerrat Leute davon überzeugen können, das Referendum zu unterstützen.

**Thomas Richner, Präsident:** Wir machen eine kurze Pause. Ich bitte Sie, auch in der Pause die Distanz- und Hygienemassnahmen einzuhalten.



Traktandum 4  
GV 2018 - 2021 / 153

### **Pflegeheim Herosé; Projektierungskredit**

**Thomas Richner, Präsident:** Mit Botschaft vom 29. Juni 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

#### **Antrag**

*Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit für den Neubau des Pflegeheims Herosé in der Höhe von 3'390'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt.*

Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 11. August 2020 besprochen. Kommissionsprecherin ist Barbara Schönberg von Arx.

**Barbara Schönberg von Arx, Mitglied:** Als Auskunftspersonen standen Stadträtin Angelica Cavegn Leitner, Stadtbaumeister Jan Hlavica, Heidi Stadelmann, stellvertretende Abteilungsleiterin Pflegeheime und Leiterin des Pflegeheims Golatti, als Vertreterin für den ferienhalber abwesenden Abteilungsleiter Rupert Studer sowie Daniel Amstutz, Leiter Support und Administration Pflegeheime, zur Verfügung. Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Projektierungskredit für den Neubau des Pflegeheims Herosé in der Höhe von 3'390'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt. zu bewilligen. Die Auskunftspersonen haben als erstes darauf hingewiesen, dass das Projekt aus verschiedenen Gründen anspruchsvoll sei. So muss der Bau eines Pflegeheims nicht nur vielen verschiedenen Ansprüchen genügen, um für die Zukunft gerüstet zu sein, sondern auch der Denkmalschutz, der Erhalt der wertvollen Parkanlage und das Einbetten des Baus in die Nachbarschaft müssen berücksichtigt werden. Die Auskunftspersonen haben betont, unmittelbar nach der Ablehnung der Verselbständigung der Altersheime die Planung an die Hand genommen zu haben. Das schrittweise Vorgehen habe sich bewährt. Als erstes sind die Machbarkeitsstudie unter Einbezug des Denkmalschutzes erarbeitet und wichtige Rahmenbedingungen definiert worden, so z.B. fünf, anstelle von sechs Stockwerken. Sehr wichtig sei auch das detaillierte Raumprogramm gewesen. 46 Teams haben sich beworben, 12 davon konnten am Wettbewerb teilnehmen. Dank dieser detaillierten und sorgfältigen Aufgleisung dieses Projektes waren die Kriterien von Anfang an klar und das Siegerprojekt wurde gemäss den Vorgaben einstimmig von der Jury gewählt. Dem Jurybericht können Empfehlungen zur Weiterbearbeitung des Projekts entnommen werden. Demnach ist das Projekt so aufgegleast, dass es gewisse flexible Nutzungen von Räumen, insbesondere im Parterre, zulässt, was sehr wertvoll erscheint. Es ist vorgesehen, die Küche im Parterre zu realisieren, weil das Essen im Alter und die Möglichkeit, dabei zu sein, wenn das Essen zubereitet wird, für die Bewohner sehr bedeutend sein kann. Geplant ist neben dem Speisesaal neu auch ein öffentliches Restaurant als zusätzliches Angebot für das Quartier. Es ist auch ein Bad vorgesehen. Das Bedürfnis dafür - auch von umliegenden Gemeinden im Hinblick auf den Zukunftsraum und von Organisationen von Behindertengruppen - ist vorhanden. Die Jury hat in einem ersten Schritt die baulichen, architektonischen und funktionellen Vorgaben bewertet und ausgewählt. Die Kosten wurden erst in einem zweiten Schritt geprüft. Dass das vorliegende, ausgewählte Projekt nicht nur das Beste, sondern auch gleichzeitig das günstigste ist, hat der Jury gefallen. In der Kommission sind Bemerkungen und Fragen aufgetaucht. Als wertvoll erachtete man die digitale Aktenauflage. Die Frage, wer und zu welchem Zeitpunkt miteinbezogen worden sei, beantworteten die Auskunftspersonen dahingehend, dass die Bereichsleiter schon sehr früh kontaktiert wurden. Es gab auch Nutzersitzungen mit dem Kader. Die jetzigen Bewohner wurden immer über den Stand der Planung informiert. Sie konnten sich einbringen, was jedoch kaum genützt wurde. Viel wichtiger erscheint die Tatsache, dass künftige Bewohnerinnen und Bewohner, via Forära und 60 plus, wie auch



externe Fachberater beigezogen wurden. So wurden verschiedenste Bereiche berücksichtigt. So auch Feng Shui, welches als einer von vielen Punkten, aufgrund von guten Erfahrungen in anderen Pflegeheimen, als wertvollen Mosaikstein miteinbezogen wurde. Erwähnenswert ist die Innenraumgestaltung. Die Frage nach der Zimmergrösse wurde gestellt. Diese seien gleich gross, sogar leicht grösser wie heute. Alle Zimmer seien gleich gestaltet, was für die Pflegenden vorteilhaft ist. Durch die Raumgestaltung mit Rundgängen auf den Etagen werden kurze Arbeitswege ermöglicht. An den Ecken der Raumkreuzungen entsteht Raum für die Bewohnerinnen und Bewohner, womit ihnen ermöglicht wird, am geschäftigen Alltag teilnehmen zu können. Diese Wohnstruktur erlaubt auch künftige Abgrenzungen, wie z.B. für Demenzabteilungen oder andere Spezialabteilungen. Nebst dem Einbezug des Personals für eine effiziente Arbeitsgestaltung entstehen auch unterirdisch 37 Parkplätze für das Personal und Besucher sowie überdachte Veloplätze. Die Frage nach der Anzahl Pflegeplätzen wurde dahingehend beantwortet, dass diese ausreichend geplant seien und kein Mangel befürchtet werden muss. Der Kanton habe als Richtwert zwar noch 19.7 % angegeben. Im Fricktal rechnet man jedoch bereits mit 15.6 %. Das sei ausreichend, weil die Bewohner immer später und für eine kürzere Zeitdauer ins Pflegeheim eintreten. Im Moment bestehe auch keine Warteliste. Wichtig ist, dass Gästezimmer vorgesehen sind, um Angehörige zeitweise entlasten zu können. Ehepaarzimmer sind im Moment nicht geplant, weil der Bedarf danach fehlt. Fragen wurden zum Gebäudestandard gestellt, weil dieser im Projekt dem Wert von 2015 und noch nicht demjenigen von 2019 entspricht. Dieser habe sich bezüglich der Nachhaltigkeit aber nicht wesentlich verändert. Der Neubau soll im Minergie-A Standard und mit ordentlichen Zertifizierungen und Eco Anforderungen gebaut werden. Der Kredit für die Sofortmassnahmen für das Herzoghaus wurde noch nicht verwendet und steht immer noch zur Verfügung. Die neuen Zimmerpreise sind mit den umliegenden Pflegeheimen vergleichbar. Die Stadt wird auf den Baurechtszins verzichten und sieht daher keine weitere Beteiligung vor. Zusammenfassend halten die Auskunftspersonen fest, dass eine sorgfältige und vorausschauende Planung ganz wichtig war, um spätere Bau- und Betriebsphasen preiswert und übersichtlich gestalten zu können. Abschliessend ist in der Kommission - aufgrund des gut aufgegleisten Projektes - der Wunsch aufgekommen, dass der Einwohnerrat über die möglichen Wettbewerbsverfahren und deren Anwendung informiert wird. Die Kommission empfiehlt einstimmig die Annahme des stadträtlichen Antrags.

Ich fahre gleich mit dem Votum der CVP fort. Die neuen Alterswohnmöglichkeiten, die jetzt laufend gebaut werden sollen, machen es möglich, dass das Leben und das Altern in der Stadt Aarau attraktiver werden. Der Neubau könnte zu einem weiteren Leuchtturm der Stadt werden. Viel Lebensqualität im kleinräumig gelebten Alter. Die Wohnqualität für die Bewohner scheint gut zu sein. Dank den Rundgängen können die Jogger, statt im Aarauer Wald, auf Suhrer Boden weiterhin ihre Runden drehen, allerdings mit dem Rollator. Auch das Bad ist eine Wertschätzung gegenüber älteren, behinderten Personen. Auch die Bedürfnisse des Personal scheint man ernst zu nehmen mit kurzen Arbeitswegen und übersichtlichem Arbeitsraum. Wer einmal in der Milchgasse war, weiss, wovon ich rede. Speziell ist hervorzuheben, dass sich die Parkplätze in der Tiefgarage befinden. Das Personal mit Schichtarbeit muss dadurch in der Nacht nicht - und erlauben Sie mir hier den Seitenhieb gegen das geplante Parkhaus beim KSA - durch die halbe Stadt und die gefährlichen Strassen laufen, um endlich zum Parkhaus zu gelangen. Auch die überdachten Veloplätze sind für das Personal sehr wichtig. Im Weiteren scheint dem Quartierverein wichtig, dass dank dem Neubau die Möglichkeit für das Quartierleben verbessert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dort einen Raum zugesprochen zu erhalten, um das Quartierleben aktivieren zu können. Wir können uns auch vorstellen, dass sich im Restaurant und im abgetrennten Esssaal unkompliziert Generationen treffen können. Ganz speziell möchten wir aber hervorheben, dass die sorgfältige Projektierung bereits vor der Ausschreibung des Wettbewerbs ein wesentlicher Punkt war, dass das Projekt bis anhin so nahtlos und ohne Probleme abgewickelt werden konnte. Es ist genau das, was wir uns politisch vom Stadtrat und der Verwaltung jeweils wünschen, dass die Projekte so aufgegleist werden, damit keine





grossen Pannen entstehen. Wenn das Werk die Handschrift des Stadtbaumeister trägt, können wir uns auf viele weitere Projekte und eine lebenswerte Stadt freuen, in welcher bewahren und gestalten in einem guten Gleichgewicht steht. Wir danken dem Stadtbaumeister und allen, die an diesem Projekt beteiligt waren, für diese riesengrosse, gute Arbeit. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu.

**Rainer Lüscher, Mitglied:** Vorab herzlichen Dank für die ausführlichen Unterlagen in der Aktenaufgabe und für die vorliegende Botschaft. Vieles konnten wir bereits dem Protokoll der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und soeben der Zusammenfassung von Babara Schönberg entnehmen. Der Masterplan des Stadtrates, welcher aufzeigt, in welcher Reihenfolge die einzelnen Häuser saniert, neu gebaut und abgerissen werden, erachten wir als sinnvoll. Dieser generellen Umsetzungsrichtung hat der Einwohnerrat mit dem Budget 2018 bereits zugestimmt. Bereits mit den Budgets 2011 und 2012 hat der Einwohnerrat 700'000 Franken für die Projektierung bewilligt. Davon sind bis heute rund 200'000 Franken für Expertisen, Vorstudien und Projektleitungen verwendet worden. Das bedeutet, dass für die vorgesehene Projektierung aus dem bereits bewilligten Kredit noch 500'000 Franken zur Verfügung stehen. Der heute beantragte Projektierungskredit beläuft sich somit auf 3'390'000 Franken, für alle Projektierungsarbeiten bis und mit dem Baubewilligungsverfahren für den Neubau des Pflegeheims Herosé. Wenn man die Kosten und den Zeitplan studiert ist ersichtlich, dass ein sehr grosses Planerteam die nächsten zwei Jahre stark engagiert sein wird. Wir hoffen auf eine umsichtige und genaue Planung, damit anschliessend eine elegante und einfache Ausführung möglich wird. Wir verlangen, dass mit dem Geld haushälterisch umgegangen wird. Im Kostenvoranschlag sind z.B. 100'000 Franken für Kopien und Drucksachen enthalten. Bei der Planung sollte stets auf die Behaglichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner geachtet werden. So müssen die Fenster in den Zimmern geöffnet werden können. Die alten Leute wollen nicht allzu warme Böden (Bodenheizung, geschwollene Füsse und Beine). Genügend Parkplätze für Besucherinnen und Besucher und für das Schichtpersonal, Nachtwachen etc. sollten vorhanden sein. Es braucht eine gute Küche und gutes Essen. Vielleicht könnte die Küche auch von der Walthersburg aus für einen effizienteren Betrieb vor Ort bedient werden. Es freut uns, dass im Planerteam des Siegerprojekts "Auberge" von der Meyer Gadiant Architekten AG aus Luzern und der Rogger Ambauen AG aus Emmenbrücke als Bauingenieur, auch das Ingenieurbüro Rothpletz, Lienhard + Cie AG aus Aarau mitarbeiten kann. Das einstimmig von der Jury nominierte Projekt "Auberge" nützt die vorhandene Fläche am besten aus und integriert sich optimal in die Umgebung. Die Korridore sind ideal gestaltet, so dass niemand mit dem Rollator in eine Sackgasse gelangen und das Pflegepersonal effizient arbeiten kann. Das Projekt schneidet sowohl bezüglich Investitions- als auch bezüglich Unterhaltskosten besser als die Konkurrenzprojekte ab. Mit 43 Mio. Franken inkl. 7 Mio. Franken Reserve, ohne Projektierungskredit, entspricht das Projekt den Vorabschätzungen im Politikplan 2019-2024. Bezüglich Unterhalt liegen die Kosten um 10 - 24 % tiefer, als bei den Konkurrenzprojekten. Weil die Abschreibungen des neuen Baus höher sein werden, müssen die Hotellerietaxen nach oben angepasst werden. Nach heutiger Einschätzung müsste die tägliche Taxe von 118 Franken auf 148.91 Franken erhöht werden. Der tägliche Abschreibungsanteil müsste von heute Fr. 11.50 auf Fr. 42.41 ansteigen. Der Vergleich der neuen wiederkehrenden Folgekosten für den Unterhalt im neuen Pflegeheim gegenüber den heutigen Unterhaltskosten ist auch Bestandteil der weiteren Projektierung. Die effektiven Auswirkungen werden dann ersichtlich. Wir bitten den Stadtrat, bei all seinen weiteren Überlegungen und Entscheidungen den Fokus auf die Eigenfinanzierung zu legen. Die FDP-Fraktion begrüsst, dass die Alterswohnungen nicht Bestandteil dieses Projektes sind. Der Bedarf an Alterswohnungen soll sauber abgeklärt werden. Bei dieser Bedarfsplanung soll die regionale Situation miteinbezogen werden, insbesondere auch die verfügbaren Alterswohnungen auf der Walthersburg. Wir stimmen diesem Projektierungskredit von 3'390'000 Franken inkl. 7.7 MwSt. zu.



**Urs Winzenried, Mitglied:** Jeder von uns wird Tag für Tag älter. Das können wir zum Glück nicht ändern. Wir wissen alle nicht, ob wir eines Tages pflegebedürftig werden. Wenn das der Fall sein sollte, hoffen wir, dass in Aarau Institutionen zur Verfügung stehen, die uns diese Situation möglichst erträglich machen. Die SVP-Fraktion dankt der Stadt für die gute und verständliche Botschaft im Zusammenhang mit dem Neubau Herosé. Es handelt sich um ein teures Projekt. 43 Mio. Franken für Investitionen und ein Projektierungskredit von 3'390'000 Franken. Die Erwartungen sind entsprechend hoch. Die SVP-Fraktion versteht, dass nicht saniert, sondern ein Neubau aufgestellt wird. Ich glaube, das ist im Moment der richtige Entscheid. Die SVP wird dem Projekt einstimmig zustimmen. Gemäss der Machbarkeitsstudie handelt es sich um ein komplexes Projekt. Die bisherige Planung erachten wir als sorgfältig und zielführend. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass der Slogan "ambulant statt stationär" immer noch zutrifft und nicht plötzlich ein Notfall an Plätzen auftritt. Das detaillierte Raumprogramm zeigt, dass man sich bemüht hat, eine gute Lösung für die alten, pflegebedürftigen Personen zu finden. Entsprechend wurden auch viele Player miteinbezogen und konnten mitbestimmen. Ob auch die Mitarbeitenden genügend miteinbezogen wurden, lassen wir einmal im Raum stehen. Das Projekt hat viele positive Aspekte, hinsichtlich Zimmergrösse, Breite, Möblierung. Der Stadtrat ist auch bereit, gewisse Punkte neu zu prüfen oder wieder zu überprüfen, z.B. der Standort der Küche. Wir stellten uns in der SVP die Frage, ob es richtig sei, die Frage der Alterswohnungen auszuklammern und erst in zwei Jahren darüber zu befinden. Wir sind aber auch zum Schluss gelangt, dass es richtig ist, wenn zuerst der Neubau erstellt und anschliessend eine Neubeurteilung vorgenommen wird. Die SVP nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass, nach dem ausführlichen Projektwettbewerb, nicht nur das Beste, sondern auch das günstigste Projekt den Zuschlag erhalten hat. Wir glauben auch, dass der Preis nicht entscheidend war, sondern dass man zuerst auf die Qualität achtete und man dann erstaunt feststellte, dass das beste Projekt gleichzeitig auch das günstigste ist. Wir gehen davon aus, dass der Begriff "Auberge" nur ein Projektname und nicht der künftige Name des Pflegeheims ist. Es wäre schade, wenn dort ein weiterer französischer Begriff in Aarau entstünde, welcher gar nicht von allen verstanden wird. Die Erschliessungs-, Park- und Architekturfragen, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit sind alle sinnvoll und zielführend geplant. Auch der Terminplan ist gut nachvollziehbar. Die SVP-Fraktion wird dem Kredit einstimmig zustimmen, hat jedoch trotzdem fünf, zum Teil kritische Anmerkungen vorzubringen. 1. Der Neubau ist ein Generationenprojekt. Geplant ist auch die Erhöhung der Hoteltaxen um 31 Franken pro Tag auf 118 Franken. Diese wird mit dem Pflegeheim Suhrhard verglichen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er sich mindestens konstruktiv mit der Frage auseinandersetzt, ob nebst dem Erlass des Baurechtszinses nicht auch ein Finanzierungsbeitrag an den Neubau geleistet werden kann, analog anderer Projekte, bei denen die Stadt auch Geld zugesprochen hat. Ich erinnere dabei an die Reithalle. Angedacht wäre ein Beitrag von einem Drittel des Projekts, was 15 Mio. Franken ausmachen würde. Wir alle würden profitieren, wenn wir pflegebedürftig würden. Die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner haben ein Leben lang dem Staat ihren Steuerobulus entrichtet. 2. Die SVP-Fraktion bittet den Stadtrat, die Frage der Notwendigkeit des geplanten Therapiebades noch einmal ernsthaft und kritisch zu stellen. Wer profitiert von diesem Therapiebad? Der Durchschnitt der Pflegebedürftigen ist knapp 90 Jahre alt und kaum mehr in der Lage, in ein solches Bad zu steigen, oder nur mit grossem Aufwand, welcher vom Personal geleistet werden muss. Die Frage von Notwendigkeit, Wünschbarkeit, Aufwand und Ertrag stellt sich hier für uns ganz deutlich. Mit der Klärung der Mitbenutzung von anderen bestehenden Bädern soll sich der Stadtrat ebenfalls nochmals befassen. 3. Es ist fraglich, ob die 37 geplanten unterirdischen Parkplätze wirklich genügen, auch wenn der Bahnhof nicht weit entfernt ist. Es arbeiten rund 150 Angestellte im Pflegeheim Herosé. Die Besucher sind dabei nicht eingerechnet. Wir kennen die diesbezüglichen Diskussionen im KSA. Wir bitten daher den Stadtrat, sich noch einmal kritisch mit dieser Frage auseinanderzusetzen. 4. Wir stellen uns auch Frage, ob der Name "Pflegeheim" wirklich der richtige Name ist. Wir sind aus der Bevölkerung angesprochen worden, dass der Begriff "Heim" einen etwas negativen Aspekt aufweist. Könnte man nicht zum Beispiel "Pflegezentrum" oder "Alterszent-



rum" verwenden und den Begriff "Heim" ersetzen. Dadurch würden keine weiteren Kosten generiert, aber es würde für die Pflegebedürftigen einen positiveren Aspekt bringen. 5. Wir bitten den Stadtrat, im weiteren Projektverlauf wirklich darauf zu achten, dass bei jedem Entscheid und jedem Meilenstein nicht nur die Benutzer und die Besucher, sondern auch das Personal möglichst gut miteinbezogen wird, denn die Mitarbeitenden sind die Seele des Pflegeheims. Wenn diese Personen gut und gerne arbeiten, dann ist das in jedem Fall positiv. Wir danken dem Stadtrat für die konstruktive Aufnahme der fünf Prüfungspunkte. Die SVP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit von 3.39 Mio. Franken einstimmig zu.

**Thomas Grüter, Mitglied:** Ich bin mir bewusst, dass der Projektierungskredit für ein Altersheim nicht gerade das Highlight des Abends ist. Dieses ist mit dem Traktandum zum Zukunftsraum bereits vorbei. Wer weiss, vielleicht manifestiert sich für einzelne von uns dereinst dieser Zukunftsraum nicht nur in Form einer fusionierten Mittellandsmetropole, sondern eventuell auch in Gestalt eines selbst bewohnten Zimmers im Neubau Pflegeheim Herosé, wo es nicht mehr so viel Raum und Zukunft gibt. 24 m<sup>2</sup> inkl. Dusche und WC beträgt ein Zimmer. So unwichtig ist diese Angelegenheit also auch nicht. Unsere Fraktion steht diesem Geschäft grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Es wurde gut geplant und viele unserer Anliegen wurden umgesetzt. Dies hinsichtlich Architektur und dem Umgang mit der Umgebung und dem Park. Auch die Konzipierung der einzelnen Pflegestationen scheint bezüglich Übersichtlichkeit, Funktionalität und Wohnlichkeit gelungen. Auch der energetische Aspekt wurde unserer Meinung nach gut umgesetzt. Für uns ist es sehr wichtig, dass ein durchlässiges Areal angestrebt wird, welches auch von Quartierbewohnern genutzt werden kann und man dort zum Beispiel die Möglichkeit für ein Mittagessen hat, oder auch das geplante Schwimmbad von möglichst vielen Leuten genutzt werden kann. Wenn das beste Projekt auch noch das günstigste ist, gibt es kein Halten mehr. Die Quadratur des Kreises möglich gemacht hat ein Architekturbüro von Luzern. Diese Leute verstehen ihr Handwerk. Wer sich davon überzeugen lassen will, kann das Pflegeheim Suhrhard in Buchs besichtigen. Ich habe dieses besucht. Wenn das neue Pflegeheim Herosé in diesem Stil umgesetzt wird, gibt es eine gute Sache. Noch eine kleine Nebenbemerkung: Mit geradezu diebischer Freude habe ich festgestellt, dass es dort etwas politisch total Unkorrektes gibt, wie ein Indoor-Fumoir. Dieses ist echt geräumig und wird rege benutzt. Für mich wunderbar zu sehen, dass die älteren Damen auch im Heim noch schamlos ihren lebenslang verübten Lastern weiterhin frönen dürfen. Ich erlaube mir noch ein paar kritische Anmerkungen aus unserer Fraktion. Für uns bedeutet es ein grosser Wermutstropfen, dass mit dem Einzug in den Neubau denn auch die Hotellerietaxen erheblich ansteigen. Fr. 30.00 pro Tag machen immerhin Fr. 900.00 pro Monat aus, was doch sehr happig für die Bewohnerinnen und Bewohner ist. Ich persönlich frage mich, ob man diese Finanzierung nicht auch ein wenig solidarischer ausgestalten könnte, gerade deshalb, weil jedermann infolge von komischen Lebensverwicklungen in einem Alters- und Pflegeheim landen könnte. Über die Höhe des Projektierungskredites wurde kritisch diskutiert. Dieser ist doch recht hoch, wenn auch von den Fachleuten als richtig und fair beurteilt. Es scheint in der Natur der Bausache in diesem Land zu liegen und kaum zu ändern sein. Sehr positiv erachten wir, dass in diesem Kredit, nebst den Honoraren für die Fachspezialisten, auch noch ein Projekt für Kunst am Bau Platz findet. Wir finden es schade, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bei diesem Projekt nicht direkt involviert wurden. Diese Unterlassung wurde damit begründet, dass diese wahrscheinlich überfordert gewesen wären. Als ich dieses las, musste ich kurz lachen. Mir geht es bei der Behandlung verschiedener Geschäfte hier im Einwohnerrat primär ebenso, z.B. wenn ich an die BNO denke oder auch beim Zukunftsraum. Ich wollte mich überzeugen, habe das Pflegeheim Herosé aufgesucht und eine der wahrscheinlich überforderten Bewohnerinnen gerade selbst befragt. Nämlich meine Mutter. Wir haben das ganze Projekt zusammen angeschaut und ich muss gestehen, sie hat nicht gerade eine super differenzierte Analyse abgegeben. Aber ganz heillos überfordert ist sie mir auch nicht vorgekommen. Zur allgemeinen Beruhigung kann ich erwähnen, dass sie nichts Gröberes zu bemängeln hatte, sie gab uns ihre Zustimmung und lässt alle recht freundlich grüssen. Wir appellieren, bei derartigen Projekten nicht nur die Experten



beizuziehen, sondern auch die Direktbetroffenen zu befragen. Wenn sie dann doch nichts dazu beitragen können, wurde ihnen wenigstens die Möglichkeit dazu geboten. Wir werden dem Antrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

**Matthias Keller, Mitglied:** Wir denken, dass der Stadtrat mit dieser Botschaft zu diesem Projektierungskredit wahrscheinlich die beste Projektierungskreditvorlage je vorgelegt hat. Sie ist so komplett, dass es gar nichts zu bemängeln gibt. Wir möchten hervorheben, dass für uns die Gründe für den Neubau auch unbestritten sind. Es ist erfreulich, dass das Projekt kostenoptimiert ausgeführt werden kann und keine Provisorien benötigt werden. Als Holzbauer und Holzingenieur freut mich die Materialwahl besonders. Holz und Beton verbindet die Stärken dieser beiden Baustoffe, die Schalloptimierung auf der einen Seite, die Wohnlichkeit auf der anderen Seite, auch die Steifigkeit und Baugeschwindigkeit. Der breite Einbezug von Fachkräften und Mitarbeitern beim Raumprogramm sowie die breite Mitsprachemöglichkeit empfinde ich ebenfalls als sehr positiv. Das Resultat zeigt eine kompakte Bauweise, dementsprechend günstige Investition, hohe Wirtschaftlichkeit und vergleichsweise tiefe Lebenszykluskosten. Es wurde an vieles gedacht wie Fernwärme, Photovoltaik, Aufenthaltsqualität, Nachhaltigkeit, Quartierentwicklung, welche noch thematisiert wird; einfach rundum ein gutes Paket, und deshalb stehen wir hinter diesem Projekt. Das Therapiebad begrüßen wir. Aarau hat wenig Wasserflächen. Gerade Kleinwasserflächen sind sehr hilfreich für verschiedene Gruppierungen, wie Babyschwimmen etc. Die Taxenerhöhung erachten wir auch als äusserst happig. Sie ist für uns aber auch nachvollziehbar und Teil des Systems, wie diese Finanzierungen funktionieren. Im kantonalen Vergleich mit Fr. 149.00 aber immer noch marktkonform. Es gibt da noch ganz andere Komponenten mit bis zu Fr. 200.00.

**Susanna Heuberger, Mitglied:** Ich möchte nur noch kurz auf die Forderung von Urs Wenzler, den Bau eines Therapiebades nochmals zu überdenken, zurückkommen. Ich habe gespürt, dass das Therapiebad von vielen Einwohnerräten begrüsst wird. Ich möchte all denjenigen, die das Therapiebad gut finden und auch der Meinung sind, dass dieses von einem breiten Kreis mitbenutzt werden kann, und auch dem Stadtrat mitgeben, unbedingt daran zu denken, dass alle im Zusammenhang mit diesem Projekt realisierten Bauten zwingend und primär den Bewohnern zugutekommen müssen, denn die Kosten dafür werden von diesen getragen. Ich bitte, dies, bei allen im Raum stehenden Ansprüchen, zu bedenken. Deshalb haben auch die Bewohner das Recht, diese Anlagen zu benutzen und nicht Fremdnutzer.

**Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin:** Vielen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Ich gebe den Dank gerne auch an Rupert Studer, Heidi Stadelmann, Daniel Amstutz, Jan Hlavica, Sebastian Busse und Claudia Vosti weiter. Claudia Vosti wird das Projekt morgen von Sebastian Busse übernehmen. Wir haben Stunden miteinander verbracht und etliche Workshops mit dem Kader und Fachleuten abgehalten. Wir waren in der Jurierung vertreten und es freut uns, dass sich diese Mühe gelohnt hat und wir Ihnen jetzt ein gutes Projekt präsentieren können. Wir nehmen die genannten Punkte bezüglich Bad und Parkplätze auf. Hinsichtlich der Finanzierung möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch noch an anderen Heimen beteiligt sind, wie Suhrhard, Steinfeld und Lindenfeld. Dort wird mit dem gleichen Finanzierungsmodell gearbeitet. Wir werden jedoch auch diese Tarife in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Wir haben gespürt, dass unsere Leute ein Therapiebad sehr schätzen und ein solches den Bewohnern guttut. Wir konnten bis anhin mit den Leuten nach Olten fahren. Der Vater von Rupert Studer hat diese Fahrten mit einzelnen Gruppen vorgenommen. Ein solches Therapiebad ist eine äusserst willkommene Bereicherung für die älteren Leute und sehr aufbauend. Ich weiss, es handelt sich um eine spezielle Einrichtung. Wir haben jedoch auch sehr viele andere Heime begutachtet. Ich war im Kloster Ingenbohl. Dort hat es auch ein solches Bad. Der Bau eines Therapiebades liegt mir sehr am Herzen und ich bin froh, dass unser Team der gleichen Meinung ist. Wir wissen, dass



sich die Leute nicht ununterbrochen im Wasser aufhalten werden. Wie Sie dem Protokoll der FGPK entnehmen konnten, haben wir aber auch klare Zeichen von anderen Institutionen erhalten, welche grosses Interesse daran hätten, das Bad mitbenutzen zu können, was eine Entlastung unserer Kosten brächte. Wir möchten dieses Thema aber noch sauber abklären, um dann genau darlegen zu können, wie dies monetär aussehen könnte. Morgen treffe ich mich mit Claudia Vosti. In vierzehn Tagen ist eine grosse Gruppensitzung angesagt. Der Einwohnerrat ist durch Andrea Dörig und Rainer Lüscher vertreten. Wir switchen jetzt von der Projekt- zur Baudelegation. Der Zeitplan ist intakt. Bezüglich wohnen möchte ich informieren, dass das Raumprogramm bis Ende 2021 vorliegen sollte. Wir werden prüfen, was in Aarau vorhanden ist, was es noch braucht und welche Wohnungen gefragt sind. Wir werden in diesen Prozess einsteigen. Auch die Alterskommission wird in diesen Prozess miteinbezogen. Sie sehen, wir sind sehr gut unterwegs.

**Thomas Richner, Präsident:** Wir kommen zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Projektierungskredit für den Neubau des Pflegeheims Herosé in der Höhe von 3'390'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt. wird bewilligt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 5  
GV 2018 - 2021 / 154

## Velostation Ring am Bahnhof; Kreditantrag

**Thomas Richner, Präsident:** Mit Botschaft vom 29. Juni 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

### Antrag

*Der Einwohnerrat bewilligt den Verpflichtungskredit von 1'725'000 Franken inkl. MwSt. für die Velostation "Ring am Bahnhof" inkl. allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit April 2020 zu Lasten der Investitionsrechnung.*

Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 11. August 2020 besprochen. Kommissionsprecher ist Urs Winzenried.

**Urs Winzenried, Mitglied:** Wie Sie gehört haben, hat die FGPK das Geschäft Velostation "Ring am Bahnhof" behandelt. Der Stadtrat beantragt damit einen Verpflichtungskredit von 1'725'000 Franken. Stadtrat Werner Schib und Stadtbaumeister Jan Hlavica haben uns darüber Auskunft erteilt. Die Auskunftspersonen haben einleitend zum Ausdruck gebracht, dass im Bereich Bahnhof zu wenig Veloabstellplätze vorhanden sind, insbesondere im Bereich Bahnhofplatz Ost. Es wird am Bahnhof zum Teil wild parkiert. Die Auskunftspersonen haben auch darauf hingewiesen, dass es sich eigentlich um ein altes Projekt aus dem Jahre 2016 handelt. Es wurde jedoch viel Zeit benötigt, weil die Finanzierung und die Vertragsabschlüsse mit den verschiedenen Grundeigentümern nicht ganz einfach waren. Auch die Örtlichkeit am Bahnhof ist relativ anspruchsvoll. Das vorliegende Projekt nutzt nun den Raum bestmöglich aus. Der geplante Standort erachten wir als ideal, auch hinsichtlich des künftigen Veloweges aus der Region Telli und Rohr zum Bahnhof. Obwohl dieses Geschäft auch in der FGPK von Anfang an unbestritten war, tauchten doch einige Fragen auf, die von den Auskunftspersonen gut und umgehend beantwortet werden konnten. So wollte man wissen, ob eine Auffahrt auf der Ostseite anstelle der Westseite möglich wäre. Die Raumsituation ermöglicht aber nur eine Auffahrt von Westen her. Auch wurde bezweifelt, ob die bronzefarbene Fassade wohl richtig gewählt sei. Der Stadtbaumeister klärte aber auf, dass man bewusst einen Kontrast zur grauen Farbe des Bahnhofs gewählt habe, welcher aber in das Gesamtbild passt und zudem noch eine Durchlässigkeit ermöglicht. Intensiv haben wir uns die Frage gestellt, ob tatsächlich eine Werbefläche gestellt werden soll. Diese ist jedoch ein Beitrag der Migros, der möglicherweise gesprochen wird, allerdings nicht gänzlich unentgeltlich. Im Gegenzug wird entsprechende Werbefläche gewünscht. Allerdings ist der Standort nicht sehr attraktiv, um Werbefläche für städtische und kulturelle Projekte zu verwenden. Der Verzicht einer Photovoltaikanlage konnte nicht nachvollzogen werden. Die Baute liegt jedoch für eine solche Anlage viel zu tief. Alle umliegenden Gebäude sind viel höher. Die Sonneneinstrahlung ist zu gering. Zudem möchte man das Dach der Velostation begrünen, was wiederum Leben und bessere Voraussetzungen für das Raumklima bringt. Die Steigung von max. 11.5 % ist relativ hoch, ist aber von der Raumsituation her nicht anders lösbar, genauso wie der Gegenverkehr in dieser Velostation, denn die Platzverhältnisse sind zu eng. Die meisten der 318 Veloabstellplätze sind für die Öffentlichkeit bestimmt. 28 davon sind für private Eigentümer vorgesehen. Es handelt sich dabei um Realersatz, denn diese verlieren mit der Station ihre bisherigen Plätze. Auch Ladestationen für E-Bikes waren ein Thema. Wir sind uns bewusst, dass es immer mehr E-Bikes gibt. Aber die Ladestationen brauchen viel Platz. Die Stadt möchte aber eher viele Abstellmöglichkeiten für Velos. Die E-Bikes sollen andernorts aufgeladen werden. Die Stadt möchte deshalb auf solche Ladestationen verzichten. Auch für Anhänger sind diese Abstellplätze nicht geeignet, da die Anhänger zu breit sind. Es gibt aber an-



dernorts genügend Abstellmöglichkeiten. Auch über die nicht ganz einfachen Eigentumsverhältnisse wurde diskutiert. Dazu musste sich der Stadtrat ausreichend rechtliche Gedanken machen. Die jetzt gewählte Regelung, indem der Bau durch die Stadt erfolgt und das Projekt anschliessend an die Stockwerkeigentümergeinschaft geht, erachten wir als vernünftig und verbleibt als einzig rechtlich mögliche Situation. Die Stadt behält die Nutzung, den Unterhalt und die Erneuerung. Alle Mitglieder der FGPK sind zum Schluss gekommen, dass es sich um eine gute Lösung in einer räumlich schwierigen Situation handelt. Der Mehrwert für Aarau ist ausgewiesen, insbesondere für die Menschen aus der Telli und von Rohr. Die Station bringt eine Aufwertung des eher unattraktiven Bahnhofplatzes Ost. Auch dem Wunsch nach Begrünung ist man nachgekommen, was immer wichtiger wird. Diese soll ohne Bewässerung auskommen. Auf eine solche verzichtet die Stadt, weil dies eher schwierig wäre. Es wird Wert daraufgelegt, Massnahmen anzustreben, dass sicherheitsmässig und verunreinigungsmässig keine Probleme entstehen. Wir kennen solche von der Stadt Baden, wenn in dunkle Ecken uriniert wird. Die Stadt hat versprochen, das Möglichste zur Verhinderung vorzukehren. Die FGPK hat einstimmig beschlossen, dem Einwohnerrat zu beantragen, diesen Verpflichtungskredit von 1'725'000 Mio. Franken zu bewilligen.

**Simone Silbereisen:** Ich oute mich als Wildpakiererin in diesem Gebiet. Ich arbeite nämlich ab und zu in einem dieser Büros dort am Ring. Für mein Velo finde ich praktisch nie einen Abstellplatz. Zudem finde ich die Zu- und Wegfahrt äusserst kriminell und der Platz ist eine total triste Angelegenheit. Deshalb finde ich das Projekt umso erfreulicher und gut gelöst. Ich finde den Kubus gelungen und die durchbrochene Metallkonstruktion eine tolle Idee. Die Vorstellung, dass auch an die Begrünung gedacht wurde, ist verlockend. Die SP-Fraktion findet, dass das Konzept durchdacht ist, bis hin zu einem stöckelschuhsicheren Gitterrost. Die Kosten belaufen sich gemäss den Erläuterungen auf 5'400 Franken pro Velo und liegen damit sogar noch günstiger als die damals errechneten Kosten beim Bahnhof Aarau Süd. Der einzige Wermutstropfen ist, dass keine Velos mit Anhänger hinauffahren können und dass es keine Lademöglichkeit für E-Bikes gibt. Ich denke, das ist nun mal den engen Raumverhältnissen geschuldet. Alles in allem aber unterstützt die SP den Kreditantrag des Stadtrates.

**Max Suter, Mitglied:** Ich bin nicht die Person, die jeden Tag mit dem Velo an den Bahnhof fährt. Aber wenn ich einmal am Bahnhof bin, ärgere ich mich wirklich über die Zustände beim Güterbahnhof bzw. auf dieser Seite des Bahnhofs. Der Platz wirkt trist und verloren. Die Velos stehen überall und ein eigentliches Konzept fehlt. Die jetzt angebotene Lösung erscheint uns zweckmässig und gut. Auf engem, sogar auf privatem Raum wird ein guter Bau hingestellt. Die Velostation wirkt kompakt, wertet den Platz auf und schränkt die Sicht der Anwohner nicht gross ein. Im Gegenteil, sie können noch auf ein begrüntes, bepflanztes Dach hinabschauen. Ob sich die Einfahrtsrampe auf der West- oder Ostseite befindet, erscheint uns nicht so relevant. Wenn man bereits den Tellirain erklommen hat oder von Rohr her angefahren kommt, spielt es dann wohl keine Rolle mehr, ob die Einfahrt in die Velostation auf der östlichen oder westlichen Seite liegt. Hauptsache ist, man findet einen Platz. Der Ausgang befindet sich ja wirklich auf Seite Bahnhof und den Frauen steht noch ein Stöckelschuh freier Gitterrost zur Verfügung. Die Finanzierung erachten wir als gut und gelungen. Die SVP begrüsst, dass auch die Grundeigentümer für die Finanzierung beigezogen wurden. Wenn man mit Werbung finanziell noch profitieren kann, umso besser. Die SVP wird den Kreditantrag des Stadtrates gutheissen.

**Barbara Schönberg von Arx, Mitglied:** Die CVP sagt nicht nein zu 318 kostenlosen Veloabstellplätzen. Dass kein Bedarfsnachweis gemacht werden muss, ist bezeichnend für den grossen Bedarf, der noch nicht gedeckt ist. Dass das hässliche Tonnendach durch ein attraktives Velohaus ersetzt wird, mag für die Anwohner und die Besitzer eine Aufwertung ihrer Liegenschaften bedeuten. Es ist allen Beteiligten zu danken, dass, trotz den komple-



nen Besitzverhältnissen, eine Aufwertung des Bahnhofareals möglich wird. Wertvoll wird dieser Bau vor allem für den Stadtteil Aarau Rohr und Telli sein. Aufgrund der engen Platzverhältnisse sind leider der Ort der Rampe und die Velohausgrösse nicht ideal, aber optimal. Ich möchte noch drei Punkte erwähnen. Die Bewässerung der Begrünung ist meines Wissens noch nicht verbindlich, aber meiner Meinung nach zwingend erforderlich. Sargans ist in der Schweiz ein Beispiel und würde auch Beratungen anbieten. Eine solche Umsetzung ist sicher billiger im Unterhalt und wahrscheinlich auch nachhaltiger und umweltfreundlicher. Dass keine Ladestationen für E-Bikes vorgesehen sind, erachten wir bei diesem Platzbedarf als vertretbar. Ich habe auch ein E-Bike. Man kann dieses problemlos zu Hause laden. Die neuen Batterien sind so gut ausgelegt, dass man weite Strecken zurücklegen kann. Bezüglich Werbeflächen würden wir es begrüßen, wenn nicht lediglich einem einzelnen Anbieter die Gelegenheit geboten würde, dort Werbung zu machen. Wir würden es besser finden, wenn verschiedene Anbieter diesen Raum für Werbung benützen könnten, sei dies für die Stadt Aarau und ihre Projekte. Wir werden diesen Verpflichtungskredit unterstützen.

**Thomas Waldmeier, Mitglied:** Die Grünen freuen sich, dass dieser tote Raum so kreativ und sinnvoll belebt wird. Als Velo-Partei freuen wir uns über die dringend notwendige Erweiterung der Veloabstellplätze am Bahnhof. Dass das Dach erst noch vielfältig begrünt werden soll, freut uns noch viel mehr, als die Plastikwolke über dem Bahnhofplatz. Wir bedanken uns dafür.

**Brigitte Vogt, Mitglied:** Auch in der FDP-Fraktion ist das Geschäft unbestritten. Wir anerkennen die Dringlichkeit. Wir brauchen wirklich Veloabstellplätze. Ich parkiere auch ab und zu dort, aber es ist einfach eine unbefriedigende Situation. Es handelt sich um ein schönes Projekt. Es erscheint uns aber mit 1'725'000 Mio. Franken in der momentanen Wirtschaftslage als sehr luxuriös. Wir begrüßen es aber grundsätzlich. Über Einfahrt und Ausfahrt und über andere Details wurde bereits genügend berichtet. Wir sind auch der Meinung, dass es keine bessere Lösung gibt. Wir denken aber, dass es wichtig ist zu versuchen, das Sicherheitsrisiko bei der Ein-/Ausfahrt zu minimieren, denn wenn sich Fussgänger, Velofahrer und Autofahrer auf der Westseite des Baus begegnen, ist das nicht ganz ungefährlich. Die FDP befürwortet dieses Projekt.

**Alexander Umbricht, Mitglied:** "Noch ist nicht geklärt, wie das Fahrrad fahren derart zur Mode werden konnte, denn es ist vernünftig und es ist weder geil, noch sexy, noch erotisch" - Josef von Westfahlen, ein deutscher Schriftsteller, den ich auch nicht kenne. Nach 600 Kilometer Velo fahren in den letzten Ferien kann ich bestätigen, dass velofahren weder geil noch sexy und alles andere als erotisch ist, ausser man steht - mir unverständlich - auf einen schmerzhaften "Allerwertesten". Aber velofahren ist super, schnell, effizient, platzsparend, ökologisch und tatsächlich in Mode - ausser man sucht einen Veloparkplatz am Bahnhof Aarau. Einen solchen am Bahnhof Aarau zu finden, ist definitiv schwierig, langsam, unendlich ineffizient und gleicht einer Party Tetris, nicht auf dem Gameboy, sondern in der Velostation oder vor dem Migros oder an einem beliebigen, nicht gerade sinnvollen Ort vor dem Bahnhof. Es braucht dringend mehr Veloparkplätze. Die Velostation am Ring am Bahnhof mit 250 Parkplätzen ist notwendig. Nach Abzug aller Beiträge Dritter beinahe ein "Schnäppchen". Aber die Velostation am Ring am Bahnhof ist eigentlich nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Praktisch überall fehlen Abstellplätze, sei es beim Behmen, vor dem Naturama oder bei der Velostation Süd. Das vorliegende Projekt sollte daher aus der Sicht der Fraktion Pro Aarau, EVP/EW und Grünliberalen schnellstmöglich realisiert werden. Gleichzeitig müssen dringend weitere Massnahmen angedacht und umgesetzt werden. Ich mache zwei spontane Vorschläge. 1. Vielleicht könnte die Stadt im Rahmen des Neubaus Aarauerhof weitere Parkierungsmöglichkeiten für Velos schaffen. 2. In der Tiefgarage des Bahnhofs könnte man sinnvollerweise Autoparkplätze zugunsten von Veloparkplätzen aufheben. Dort wäre auch der notwendige Raum für das gleichzeitige





Abstellen von Velos mit Anhänger vorhanden. Massnahmen liessen sich so - aus Sicht eines Aussenstehenden - schnell umsetzen und die baulichen Kosten und Auflage wären wahrscheinlich verhältnismässig gering. In diesem Sinne dankt unsere Fraktion für ein entschiedenes Ja zu dieser Velostation und freut sich auf das nächste Projekt mit Veloparkplätzen am Bahnhof.

**Werner Schib, Vize-Stadtpräsident:** Vielen Dank für die positive Aufnahme. Bei diesem Projekt stand nicht die Kreativität und die Gestaltung im Vordergrund. Wenn uns das aber trotzdem gelingt, ist es umso besser. Wir wollten möglichst viele Veloparkplätze möglichst nahe am Bahnhof realisieren. Dabei mussten auch Abstriche gemacht werden, z.B. E-Bikes-Ladestationen oder Plätze für Velo-Anhänger. Der heutige Vorschlag ist das Maximum an öffentlichen Veloabstellplätzen, welche in diesem Bereich erstellt werden können. Momentan ist eine Bewässerung der Grünanlage vorgesehen. Wir werden prüfen, ob aber noch eine bessere Dachbegrünung gewählt werden könnte, welche ohne Bewässerungsanlage auskommt. Es ist klar, dass die Aufgabe der Veloparkierung am Bahnhof, mit dem heutigen, hoffentlich positiven Entscheid des Einwohnerrates, noch nicht abgeschlossen ist. Eine andere Möglichkeit bestünde im Gebiet Hintere Bahnhofstrasse. Es sind Ideen vorhanden. Es gibt sicher noch andere Orte für die Erweiterung von Veloparkplätzen. Die Umsetzung wird jedoch immer schwieriger.

**Thomas Richner, Präsident:** Wir kommen zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Verpflichtungskredit von 1'725'000 Franken inkl. MwSt, für die Velostation "Ring am Bahnhof" inkl. allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten seit April 2020 zu Lasten der Investitionsrechnung wird bewilligt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 6  
GV 2018 - 2021 / 143

### **Kreditabrechnung Ersatz Kehrrechtswagen**

**Thomas Richner, Präsident:** Mit Botschaft vom 18. Mai 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Ersatz Kehrrechtswagen Mercedes Econic". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 480'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 481'538.45 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 1'538.45, das sind 0.32 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 11. August 2020 zur Prüfung vor. Sie beurteilt die Rechnung inhaltlich als in Ordnung und empfiehlt einstimmig die Genehmigung. Auf ein Kommissionsreferat wird verzichtet.

Da keine Voten aus dem Saal vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Die Kreditabrechnung "Ersatz Kehrrechtswagen Mercedes Econic" wird genehmigt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

**Thomas Richner, Präsident:** Vor Sitzungsende steht uns noch eine Verabschiedung bevor. Mit Mail vom 4. August 2020 hat Uli Fischer seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende August 2020 bekanntgegeben. In seinem Schreiben erwähnt Ulrich Fischer, dass er die Arbeit im Einwohnerrat sehr schätzte und als bereichernd erlebte. Die Beziehung zur Stadt wurde intensiver, weil er viele Prozesse von Projekten begleiten durfte. Ulrich Fischer hat ein ausgesprochenes Gefühl der Selbstwirksamkeit erlebt, wenn die von ihm initiierten Vorstösse eine Mehrheit erlangten und auch umgesetzt wurden. Er hat seinen 70. Geburtstag zum Anlass genommen, aus dem Einwohnerrat auszutreten. Gleichzeitig bedeutet sein Entschluss auch einen strategischen Entscheid, weil mit dem Projekt Zukunftsraum sich auch die Frage nach der Weiterentwicklung von Pro Aarau stellt. Deshalb sei ein Generationenwechsel wichtig und dass jemand nachrückt, der in der Region gut vernetzt ist. Ulrich Fischer ist seit 2013 im Einwohnerrat vertreten. 2014 - 2019 war er zudem Mitglied der FGPK, wovon in den Jahren 2018/19 auch als Präsident. Wir danken Ulrich Fischer für seinen Einsatz für die Stadt Aarau und deren Bevölkerung.

**Esther Belser Gisi, Mitglied:** Ich schliesse mich den Worten von Thomas Richner an und richte ebenfalls den besten Dank an Ulrich Fischer.

**Ulrich Fischer, Mitglied:** Ich bin während meiner Amtszeit zweimal ermahnt worden, weil meine Voten zu lange dauerten. Ich finde aber, das ist relativ wenig. Während meiner Einwohnerratszeit hatte ich unerfüllte Träume. Zum einen wollte ich immer so reden können wie Lukas Häusermann, der seinen Laptop aufklappt und seine Voten locker vorträgt, ohne



sich aufzuregen, oder wie Matthias Keller, der kurze Voten vorbereitet und stets frei redet. Ich habe mich immer sehr darüber geärgert, diese Gabe nicht zu haben, da ich ja schon in einem reifen Alter bin. Am Schlimmsten war es, als ich die Stellungnahme der FGPK zur Stadion-Abstimmung vortragen musste und gleichzeitig das Fernsehen vor Ort war. Das war für mich furchtbar. Ein weiterer Wunsch war, ein Votum auf Mundart vorzutragen. Ich hätte es vielleicht einmal versuchen sollen. Einige von Ihnen empfanden ein Mundartvotum jedoch oft als mühsam, weil die schriftliche Abfassung meistens in Schriftdeutsch vorgenommen wurde. Ich hätte dies genau gegenteilig machen müssen. Ich finde es sehr schön, wenn sich die Stadtpartei Pro Aarau weiterentwickelt und vielleicht sogar noch grösser wird. Man sollte die Menschen abholen und ihnen die Möglichkeit geben, in der Partei zu partizipieren, wenn ihnen die anderen Parteien nicht gerecht werden. Ich finde, Aarau ist nicht nur baulich urbaner geworden, sondern auch viel liberaler. Als ich vor 31 Jahren eingereist bin, da gab es noch eine grenzsanitarische Untersuchung. Das fand ich ziemlich komisch. Ich wohnte dann an der Hans Hässig-Strasse. Mein Nachbar war Beamter im Finanzdepartement und er sagte: "Uli, du weisst aber, dass du dich nicht politisch äussern darfst, sonst kommt die Fremdenpolizei". Ich war dann relativ froh, dass ich danach erfolgreich eingebürgert wurde, mit knapp 10 % Gegenstimmen. Ich erlebte dann diesbezüglich eine ziemlich gute Entwicklung. Die Einbürgerungen wurden dann eigentlich immer einstimmig gutgeheissen. Dann kam die Einbürgerung durch den Stadtrat und die Absegnung durch das Volk. Es folgten weitere, erfolgreiche Initiativen. Es gibt nicht viele Städte in der Schweiz, welche die Partizipation aller Einwohner in ihrem Politikprogramm haben. Ich bin stolz auf diese Entwicklung, auf die Stadt Aarau, diesen Einwohnerrat und die Verwaltung. Vielen Dank für die schöne Zusammenarbeit.

**Thomas Richner, Präsident:** Wir sind am Schluss dieser Sitzung. Ich danke allen für die Disziplin und das Einhalten der Abstände.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

#### **EINWOHNERRAT AARAU**

**Der Präsident:**  
Thomas Richner

**Der Protokollführer:**  
Stefan Berner